

Josef Kaiser (Mannheim)

"Der politische Gewinn steht in keinem Verhältnis zum Aufwand". Zur Westarbeit des FDGB im Kalten Krieg

In den fünfziger Jahren erschienen in der Bundesrepublik eine Vielzahl kleiner Beiträge und Broschüren zum Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) der DDR. Vor allem der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) widmete dem Verband im anderen Teil Deutschlands große Aufmerksamkeit.¹ Der DGB wurde nicht müde, vor der Gefahr kommunistischer Unterwanderung, die vom FDGB ausgehe, zu warnen. Quellen, die über Art, Umfang und Wirksamkeit der Aktivitäten des FDGB zur Einflußnahme auf die westdeutschen Gewerkschaften Aufschluß geben, standen bis 1989 jedoch kaum zur Verfügung. Deshalb blieb die Westarbeit des FDGB auch bei der Erforschung der Deutschlandpolitik der DDR und ihrer Staatspartei SED außen vor.² Die jetzt zugänglichen Akten des FDGB-Bundesvorstandes³ erlauben eine differenzierte Betrachtung der Ursprünge, organisatorischen Voraussetzungen, konzeptionellen Grundlagen und Strategien sowie Reichweite der Westarbeit des FDGB.

Gewerkschaftsaufbau nach 1945 in den Westzonen und der SBZ

Der Aufbau der Gewerkschaften in Deutschland nach dem Ende der NS-Diktatur war abhängig von der jeweiligen Politik der Alliierten in den Besatzungszonen. Zwar kam es in allen vier Besatzungsgebieten schon im Frühjahr und Sommer 1945 auf der lokalen Ebene zur Gründung von Gewerkschaften. Der Zusammenschluß auf regionaler und Zonenebene fand jedoch mit großer zeitlicher Verzögerung statt. Während in den westlichen Besatzungszonen erst im August 1946 der überregionale Zusammenschluß auf Länderebene begann⁴, erreichte

1 Vgl. z.B. DGB-FDGB. Unabhängige Gewerkschaften oder Staats-"Gewerkschaften"? O.O.u.J. (1955); Ist der FDGB ein freier Gewerkschaftsbund? Die Wahrheit über die Staatsgewerkschaft in der Zone, hrsg. vom DGB-Bundesvorstand, Düsseldorf o.J. (1956).

2 Vgl. Tessmer, Carsten: Zur Deutschlandpolitik und Westarbeit der DDR/UdSSR, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (im folgenden: JHK) 1995, S. 371-390, hier S. 372. Hartmut Zimmermann spricht pauschal davon, daß der FDGB bei seinen Einflußversuchen auf die westdeutschen Gewerkschaften keine größeren Erfolge erzielen konnte; vgl. ders.: Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB), in: DDR-Handbuch. Bd. 1, 3. Aufl., Köln 1985, S. 459-473, hier S. 471.

3 Herangezogen wurden vor allem die leider lückenhaft überlieferten Akten des Büros für deutsche Gewerkschaftseinheit des FDGB-Bundesvorstandes in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Berlin (im folgenden: SAPMO-BA), Best. DY 34 FDGB-Buvo. Für wichtige Hinweise auf die zum Zeitpunkt der Auswertung noch vielfach unerschlossenen Archivalien danke ich dem Bearbeiter des Bestandes, Herrn Heinz Braun.

4 Vgl. Mielke, Siegfried: Die Neugründung der Gewerkschaften in den westlichen Besatzungszonen 1945-1949. in: Hemmer, Hans-Otto/Schmitz, Kurt Thomas (Hrsg.): Geschichte der Gewerkschaften in der

in der sowjetisch besetzten Zone der zonale Aufbau schon im Februar 1946 mit dem Gründungskongreß des FDGB⁵ eine erste wichtige Etappe.

Der Wiederaufbau der Gewerkschaften 1945 stand überall unter dem Postulat, die Spaltung der Gewerkschaften in unterschiedliche politisch-weltanschauliche Richtungen zu überwinden. Die Initiativen gingen von ehemals sozialdemokratisch, christlich und kommunistisch orientierten Gewerkschaftern aus. Entsprechend der organisatorischen Stärke in der Weimarer Republik dominierten in den westlichen Besetzungszonen Sozialdemokraten. Christliche Gewerkschafter hatten ebenfalls wichtige Funktionen, während Kommunisten in den Leitungsgremien auf regionaler und überregionaler Ebene kaum vertreten waren und bald völlig zurückgedrängt wurden.⁶ Die Gewerkschaften fanden damit den Beifall der amerikanischen Besatzungsmacht, in deren Demokratisierungskonzept die Zurückdrängung des kommunistischen Einflusses eine wichtige Rolle spielte.⁷ Schon im Sommer 1949 konstatierte ein amerikanischer Autor, daß die Ausschaltung der Kommunisten aus den westdeutschen Gewerkschaften ein Beweis dafür sei, daß "the faith of the Western Allies in the democratic character of free German trade-unions has not been misplaced".⁸

In der SBZ folgte die Entwicklung neuen Mustern. Hier gelang es der KPD, die in ihren Exilplanungen vorgedachte führende Rolle⁹ zu verwirklichen. Scheiterte die Bildung einer einheitlichen gesamtdeutschen Gewerkschaftsbewegung zunächst am Antizentralismus der Franzosen¹⁰, wurde durch den seit 1948 forcierten und 1950 abgeschlossenen Prozeß der

Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis heute, Köln 1990, S. 19-83, mit zahlreichen Literaturhinweisen.

- 5 Zur Entstehung des FDGB vgl. Müller, Werner: Zur Entwicklung des FDGB in der sowjetischen Besatzungszone nach 1945, in: Matthias, Erich/Schönhoven, Klaus (Hrsg.): Solidarität und Menschenwürde. Etappen der deutschen Gewerkschaftsgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart, Bonn 1984, S. 325-347; Gill, Ulrich: Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB). Theorie-Geschichte-Organisation-Funktion-Kritik, Leverkusen 1989; aus Sicht der DDR-Historiographie vgl. Geschichte des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, hrsg. vom FDGB-Bundesvorstand, Berlin 1982.
- 6 Vgl. Staritz, Dietrich: Die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD), in: Stöss, Richard (Hrsg.): Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Bd. II, Opladen 1983, S. 1663-1809, hier S. 1697. Ein bekanntes Beispiel ist Willi Bleicher, der 1950 aus der KPD austrat, aber trotzdem nicht mehr als Mitglied des IG Metall-Vorstandes nominiert wurde; vgl. Abmayr, Hermann G.: Wir brauchen kein Denkmal. Willi Bleicher: Der Arbeiterführer und seine Erben, Stuttgart 1992, S. 72-81.
- 7 Vgl. Rupieper, Hermann-Josef: Die Wurzeln der westdeutschen Nachkriegsdemokratie. Der amerikanische Beitrag 1945-1952, Opladen 1993, S. 276-280. Als Beispiel für zeitgenössisch-antikommunistische publizistische Maßnahmen vgl. die Broschüre mit zwei Reden von Reuther, Walter/Dubinsky, David: Gewerkschaftler und Kommunisten. Hrsg. "Die Neue Zeitung", München 1948.
- 8 Kelly, Matthew A.: Communists in German Labor Organizations, in: The Journal of Political Economy, LVII (1949), Nr. 3, S. 213-226, Zitat S. 226.
- 9 Vgl. Laude, Horst/Wilke, Manfred: Die Pläne der Moskauer KPD-Führung für den Wiederaufbau der Gewerkschaften, in: Schroeder, Klaus (Hrsg.): Geschichte und Transformation des SED-Staates. Beiträge und Analysen, Berlin 1994, S. 27-51. Dieser Beitrag bezieht sich auf die einschlägigen Dokumente in Erlcr, Peter/Laude, Horst/Wilke, Manfred (Hrsg.): "Nach Hitler kommen wir". Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1945/45 für Nachkriegsdeutschland, Berlin 1994.
- 10 Vgl. Mai, Gunther: Der Alliierte Kontrollrat in Deutschland 1945-1948. Alliierte Einheit - deutsche Teilung? München 1985, S. 119-128; zur französischen Haltung Lattard, Alain: Gewerkschaften und Arbeitgeber in Rheinland-Pfalz unter französischer Besatzung 1945-1949, Mainz 1988, S. 111-117.

"Transformation des FDGB in ein Transmissionsorgan"¹¹ der Staatspartei SED die Herstellung der deutschen Gewerkschaftseinheit vollends unmöglich.¹²

Kontakte zwischen den Gewerkschaftsfunktionären der westlichen Besatzungszonen und der SBZ gab es seit den ersten Initiativen zum Aufbau der Gewerkschaften 1945. Die Erfahrungen mit der Gewerkschaftspolitik der KPD in der Weimarer Republik¹³ machte die nicht-kommunistischen Funktionäre jedoch mißtrauisch. August Schmidt, bis 1933 Zweiter Vorsitzender des Deutschen Bergarbeiter-Verbandes und ab 1948 an der Spitze der IG Bergbau, äußerte im Juni 1946 Zweifel an der Aufrichtigkeit der kommunistischen Gewerkschafter: "Soweit die parteipolitische Seite [der Einheitsgewerkschaft] in Frage kommt, ist es m.E. notwendig, daß diejenige politische Partei, die früher den Standpunkt der Diktatur vertrat, zunächst den Nachweis erbringen muß, daß sie nunmehr auch wirklich die Zukunft Deutschlands auf demokratischer Grundlage aufbauen will."¹⁴ Aus Sicht der führenden Gewerkschafter im Westen erbrachte sie diesen Beweis nicht. Aus dem anfänglichen Mißtrauen erwuchs die Überzeugung, in der SBZ/DDR sind "unter dem Tarnmantel demokratischer Gewerkschaftsbünde zentralistisch geleitete gewerkschaftliche Machtapparaturen als Werkzeuge sowjetischer Besatzungspolitik" entstanden.¹⁵

Der im Kalten Krieg virulent gewordene Ost-West-Konflikt und die damit verbundene Spaltung Deutschlands sowie die Entwicklung der SBZ allgemein und des FDGB insbesondere zerstörten die Basis der gewerkschaftlichen Interzonenkonferenzen, zu denen zwischen Juli 1946 und August 1948 Vertreter der Gewerkschaften aller vier Besatzungszonen zusammenkamen.¹⁶ Die Interzonenkonferenzen waren der Versuch, zu einer gesamtdeutschen Gewerkschaftspolitik zu gelangen. Ziel war die Errichtung einer Gewerkschaftsorganisation für ganz Deutschland.

In Berlin hatte sich innerhalb des FDGB eine Oppositionsgruppe gebildet, die sich 1948 vom FDGB löste und im April 1949 als freie, demokratische Gewerkschaft der drei Westzonen Berlins mit dem Namen Unabhängige Gewerkschafts-Organisation (UGO) konstituier-

11 Helf, Klaus: Von der Interessenvertretung zur Transmission. Die Wandlung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) (1945-1950), in: Weber, Hermann (Hrsg.): Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Dokumente und Materialien zum Funktionswandel der Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR 1945-1950, Köln 1982, S. 339-386, Zitat S. 344.

12 Vgl. Schlegelmilch, Arthur: Hauptstadt im Zonendeutschland. Die Entstehung der Berliner Nachkriegsdemokratie 1945-1949, Berlin 1993, S. 257.

13 Vgl. Müller, Werner: Lohnkampf, Massenstreik, Sowjetmacht. Ziele und Grenzen der "Revolutionären Gewerkschafts-Opposition" (RGO) in Deutschland 1928 bis 1933, Köln 1988.

14 Archiv der IG Bergbau und Energie, Bochum, A (Org) 14, Mappe 12: August Schmidt an Hermann Schlimme, FDGB-Berlin, vom 21.6.1946. Schlimme war bis 1933 Sekretär des Bundesvorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschafts-Bundes; 1946 wurde er Mitglied des Bundesvorstandes des FDGB, bis 1951 war er Zweiter Vorsitzender.

15 Geschäftsbericht des Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes 1950-1951, Düsseldorf o.J. (1950), S. 35.

16 Vgl. aus Sicht des DGB: Versprochen - gebrochen. Die Interzonenkonferenzen der deutschen Gewerkschaften 1946-1948, hrsg. vom DGB-Bundesvorstand, Düsseldorf o.J. (1961); aus Sicht der DDR-Historiographie Behrendt, Albert: Die Interzonenkonferenzen der deutschen Gewerkschaften, Berlin 1955, 4. Aufl. 1963. Eine Edition der Protokolle ist als Bd. 9 der Reihe "Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert" angekündigt. Zur Genese des Kalten Krieges vgl. Loth, Wilfried: Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941-1955, München 1980 u.ö.

te.¹⁷ Auf der 9. Interzonenkonferenz im August 1948 lehnten die Delegierten des FDGB die Zulassung von UGO-Vertretern ab, die Konferenz wurde vertagt, aber nicht fortgesetzt. Der Streit über die Teilnahme der Berliner Oppositionsvertreter war jedoch nur der Anlaß, nicht die Ursache des Scheiterns der Interzonenkonferenzen. Zwischen dem FDGB und den Gewerkschaften in den Westzonen war längst ein ideologischer Graben aufgebrochen, der nicht mehr zu überwinden war.

Die ideologischen Divergenzen zwischen dem FDGB und der überwiegenden Mehrheit der Gewerkschaftsführungen im Westen belegen auch die Ausführungen des Vorstands- und späteren ZK-Mitglieds der SED Helmut Lehmann. Noch im September 1948 forderte der frühere Sozialdemokrat, daß die Interzonenkonferenzen als Verbindung in den Westen "unter allen Umständen aufrechterhalten werden" müßten.¹⁸ Zur Begründung fügte er später dazu, daß zwar die "alten Herren" in den Führungen der Gewerkschaften in den Westzonen nicht mehr von der notwendigen Rolle der Gewerkschaften gegenüber dem "Monopolkapitalismus" überzeugt werden könnten. Aber die "breiten Massen" seien den "neuen Gedanken" durchaus zugänglich. Deshalb sei eine "größere Aktivität des FDGB" notwendig, "um die Arbeiterschaft des Westens mit Klassenbewußtsein zu erfüllen und damit gleichzeitig die Rolle der Gewerkschaften als Massenbasis der Partei durchzuführen".¹⁹

Trotz dieses unverhohlenen Aufrufes zur Unterwanderung und Instrumentalisierung der westdeutschen Gewerkschaften durch die SED hatten aus Sicht des FDGB nur die "maßgebliche(n) Gewerkschaftsführer" aus den Westzonen durch ihre "imperialistische Restaurations- und Spaltungspolitik" die Schaffung einer einheitlichen deutschen Gewerkschaftsorganisation verhindert.²⁰ Allein ihnen wurde die Schuld am Scheitern der Interzonenkonferenzen angelastet.

Grundsätze und Ziele der Westarbeit des FDGB

Der FDGB verfolgte nicht erst seit 1950 einen gesamtdeutschen Auftrag.²¹ Schon vorher wandte sich der FDGB auch an die Arbeiter und Gewerkschafter in den Westzonen und warb für die Wiedervereinigung. Dort wurden die Motive jedoch von Anfang an durchschaut und als Propagandaaktionen im Auftrag der sowjetischen Besatzungsmacht zurückgewiesen.²²

17 Vgl. Berliner Gewerkschaftsgeschichte von 1945 bis 1950. FDGB-UGO-DGB, hrsg. vom DGB-Landesbezirk Berlin, Berlin 1971.

18 Vgl. Friedrich, Thomas u.a. (Hrsg.): Entscheidungen der SED 1948. Aus den Stenographischen Niederschriften der 10. bis 15. Tagung des Parteivorstandes der SED, Berlin 1995, S. 303.

19 Ebenda, S. 309f.

20 Geschichte des FDGB (Anm. 5), S. 281.

21 Vgl. Wilke, Manfred/Hertle, Hans-Hermann: Das Genossen-Kartell. Die SED und die IG Druck und Papier/IG Medien, Dokumente, Frankfurt a.M./Berlin 1992, S. 76-79. Zur Kritik an diesem Band vgl. meine Rezension in: JHK 1993, S. 514.

22 So in einem Schreiben von August Schmidt an den Vorsitzenden der IG Bergbau im FDGB, Paul Lähne, v. 15.3.1948. Schmidt reagierte darin auf einen Aufruf der ostzonalen Bergbaugewerkschaft, in: "Der Bergarbeiter". Mitteilungsblatt der IG Bergbau im FDGB, 2 (1948), Nr. 2, und griff die Rolle des FDGB scharf an; vgl. Archiv der IG Bergbau und Energie, Bochum, A (Org) 14, Mappe 12.

Der FDGB gab seine Bemühungen zur Beeinflussung und Unterwanderung der westdeutschen Gewerkschaften auch nach dem Scheitern der Interzonenkonferenzen nicht auf. Der Bundesvorstand mußte aber 1950 "selbstkritisch" feststellen, daß man zu wenig darauf geachtet habe, "feste Verbindungen mit den Kollegen der westdeutschen Betriebe herzustellen und mit ihnen gemeinsam das Kampfbündnis für die deutsche Gewerkschaftseinheit herzustellen".²³ Diese Einsicht war von Erfahrungen geprägt, die der FDGB vor allem seit dem Ende der interzonalen Beratungen gemacht hatte. Inzwischen waren mit der Gründung der Bundesrepublik und der DDR nicht nur zwei deutsche Staaten entstanden. Durch die Konstituierung des DGB als Dachverband der westlichen Besatzungszonen im Oktober 1949²⁴ hatte die Reorganisation der Gewerkschaften in der Bundesrepublik ihren Abschluß gefunden. Und mit der Spaltung des 1945 geschaffenen Weltgewerkschaftsbundes, dem der FDGB angehörte, und der Gründung des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften²⁵, dem sich der DGB anschloß, formierten sich auch im internationalen Maßstab einander entgegengesetzte gewerkschaftliche Lager.

Der FDGB wandte sich mit einer Grußadresse und einer Entschließung an den DGB-Gründungskongreß im Oktober 1949, in denen noch einmal die Wiederaufnahme der Verhandlungen auf Interzonenebene gefordert wurde. Hans Böckler, der zum ersten Vorsitzenden des neu gegründeten Dachverbandes gewählt wurde, erwähnte die beiden Dokumente in seiner Eröffnungsrede nur mit einem kurzen Hinweis.²⁶ Er folgte damit der Empfehlung des Sekretärs des Gewerkschaftsrates, Georg Reuter, der zu dem Schreiben des FDGB notierte: "Wir sollten darauf eine klare und eindeutige Antwort geben, die von unseren Mitgliedern und von unseren Anhängern in Berlin und der Ostzone verstanden wird."²⁷ Eine solche Antwort wurde zwar nicht gegeben. Der DGB-Bundesvorstand behandelte aber alle Versuche der Kontaktaufnahme des FDGB dilatorisch.²⁸

Unter den veränderten Bedingungen mußte der FDGB Grundsätze zur Fortsetzung und zum Ausbau seiner Westarbeit formulieren. Bei der Arbeitstagung des Bundesvorstandes Anfang November 1949 wurden die Ziele der gesamtdeutschen Arbeit des FDGB festgelegt. "Unser Streben nach Herstellung der deutschen Gewerkschaftseinheit, nach Herstellung der

23 Vgl. Aus der Arbeit des FDGB 1947-1949, Berlin 1950, S. 71-83, Zitat S. 73.

24 Vgl. Kaiser, Josef (Bearbeiter): Der Deutsche Gewerkschaftsbund 1949 bis 1956. Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Band 11, hrsg. von Klaus Schönhoven und Hermann Weber, Köln 1996.

25 Vgl. Lademacher, Horst u.a.: Der Weltgewerkschaftsbund im Spannungsfeld des Ost-West-Konfliktes. Zur Gründung, Tätigkeit und Spaltung der Gewerkschaftsinternationale, in: Archiv für Sozialgeschichte, 19 (1978), S. 119-215; Pfeifer, Sylvia: Gewerkschaften und Kalter Krieg 1945-1949. Die Interzonenkonferenzen der deutschen Gewerkschaftsbünde, die Entwicklung des Weltgewerkschaftsbundes und der Ost-West-Konflikt, Köln 1980; aus Sicht der DDR-Historiographie Hanneberger, Hans-Eberhard: Die Gründung des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften im Jahre 1949, seine Ziel- und Aufgabenstellung und seine Politik bis zum Jahre 1954, unter besonderer Berücksichtigung seines Verhaltens zum Weltgewerkschaftsbund, Diss., Berlin 1973.

26 Protokoll. Gründungskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes, München, 12.-14. Oktober 1949, Köln 1950, S. 9; Reprint unter dem Titel: "Mittelpunkt ist der arbeitende Mensch", Köln 1989.

27 DGB-Archiv, Best. 24.1, Nr. 1405: FDGB-Bundesvorstand an das Präsidium und die Delegierten vom 3.10.1949 und an das Präsidium des DGB-Gründungskongresses vom 6.10.1949; Reuters Vorschlag mit dem Vermerk "Koll. Hans Böckler" vom 11.10.1949 findet sich auf dem zweiten Schreiben.

28 Vgl. Aus der Arbeit des FDGB (Anm. 23), S. 100ff.

Aktionseinheit der deutschen Arbeiter und Angestellten gegen die Adenauer-Reaktion", hieß es in dem Beschluß, muß "verstärkt und zu einer Hauptaufgabe aller Einheiten des FDGB und aller Industriegewerkschaften werden." Als Zielgruppen dieses Programms im Westen wurden "die Vorstände und Funktionäre der westdeutschen Gewerkschaften und die Millionen ihrer Mitglieder" genannt.²⁹ Doch an Kontakte auf zentraler Ebene war angesichts der Haltung der westdeutschen Gewerkschaftsführer nicht zu denken. Schon wenige Tage später forderte die SED-Westkommission die "Berücksichtigung der neuen Lage [nach Gründung der Bundesrepublik und des DGB] in Westdeutschland hinsichtlich der Einwirkung des FDGB und seiner Verbände auf die Gewerkschaften".³⁰ Die Westkommission³¹ bestimmte in allen Phasen die Westarbeit des FDGB und stellte so sicher, daß er dem deutschlandpolitischen Kurs der Staatspartei folgte. Die neue Marschrichtung bestätigte der FDGB-Bundesvorstand in einer EntschlieÙung Ende Januar 1950. Darin hieß es, zur Abwendung eines Krieges, den der "USA-Imperialismus" vorbereite, müsse "im schärfsten Kampf gegen reaktionäre Führer die Spaltung überwunden und die Einheit von unten entwickelt werden".³² Dementsprechend wurde in einem Arbeitsplan des für die Westarbeit zuständigen Büros für deutsche Gewerkschaftseinheit vom 28. Januar 1950 die "Notwendigkeit" betont, daß "das Schwergewicht unserer Arbeit nach Westdeutschland zur Herstellung der Aktionseinheit der Arbeit in ganz Deutschland und zur Verwirklichung der deutschen Gewerkschaftseinheit auf die unteren Organe der westdeutschen Gewerkschaften, besonders auf die Betriebe gelegt werden muß. Das heißt, die Entwicklung dieser Bewegung muß von unten erfolgen."³³ Die Bemühungen des FDGB sollten sich auf "die Massen der einfachen westdeutschen Gewerkschaftsmitglieder" richten.³⁴

Der FDGB folgte damit dem Kurs der "Nationalen Front". Der Nationalrat, höchstes Gremium des im Oktober 1949 parallel zur DDR-Gründung erfolgten Zusammenschlusses der Parteien und Organisationen der DDR in der "Nationalen Front"³⁵, faßte im Februar 1950 einen Beschluß, der zur "Schaffung eines einheitlichen, demokratischen, friedlichen und un-

29 Zitiert nach ebenda, S. 432f.

30 SAPMO-BA, NY 4182 NL Ulbricht, Nr. 867, Bl. 148ff.: Protokoll Nr. 23 der Sitzung der Westkommission der SED vom 11.11.1949.

31 Organisation und Funktion der Westkommission der SED sind ein Desiderat der Forschung. Sie wurde im Februar 1949 gegründet; vgl. Entscheidungen der SED 1948 (Anm. 18), S. 23. Im Februar 1951 sei die Westkommission als Abteilung des ZK der SED aufgelöst, faktisch jedoch durch die Einsetzung von Referenten in allen Abteilungen erweitert worden. An ihre Stelle sei im November 1951 das Büro für gesamtdeutsche Arbeit getreten, das bis 1957 die Westarbeit der einzelnen Abteilungen und der Massenorganisationen koordiniert habe; Major, Patrick: *The German Communist Party (KPD) in the Western Zones and in Western Germany 1945-1956*. Diss., Oxford 1993, S. 48.

32 SAPMO-BA, DY 34, Nr. A 6807: EntschlieÙung zur Verteidigung des Friedens und zur Nationalen Front des demokratischen Deutschlands des FDGB-Bundesvorstandes am 25./26.1.1950.

33 SAPMO-BA, DY 34, Nr. A 3675. Vgl. dazu auch die Ausführungen des Büroleiters Franz Dietrich bei der Sitzung einer Kommission für Westarbeit am 12.7.1950, in: SAPMO-BA, DY 34, vorl. Nr. 26/-/277. Zur Organisation und den Aufgaben des Büros für deutsche Gewerkschaftseinheit vgl. den folgenden Abschnitt.

34 Aus der Arbeit des FDGB (Anm. 23), S. 94.

35 Vgl. Grasemann, Hans-Jürgen: *Das Blocksystem und die Nationale Front im Verfassungsrecht der DDR*. Diss., Göttingen 1973, S. 112-116.

abhängigen Deutschlands" aufrief.³⁶ Die Aktionseinheit der Arbeiterklasse wurde als "entscheidende Stoßkraft der Nationalen Front" angesehen. Bei dieser Feststellung hob der damalige Leiter des Büros für deutsche Gewerkschaftseinheit, Franz Dietrich, zugleich aber auch hervor, daß über den Begriff "Aktionseinheit der Arbeiterklasse" noch "eine große Unklarheit vorhanden" sei. "Der Begriff ist noch etwas Leeres, und demzufolge ist die Aktivität der Arbeit in dieser Richtung noch mit einer ganzen Reihe von Schwächen [...] verbunden." Unklarheit herrsche über die Themen und Anlässe, für die sich Arbeiter in der Bundesrepublik und der DDR gemeinsam engagieren könnten. Dietrich nannte als zentrale Bereiche die Friedenspolitik, die Einheit Deutschlands, die Verbesserung des Lebensstandards, die Solidarität mit westdeutschen Arbeitern bei Lohnkämpfen und die Gewerkschaftseinheit. Um auf diesen Feldern Fortschritte zu erzielen, forderte Dietrich einen Wandel der Westarbeit durch Konzentration der Aktivitäten auf Betriebsebene und Anstrengungen, um eine "feste Verbindung nach Westdeutschland zu schaffen".³⁷

Der "Hauptkampf", so hob der FDGB-Vorsitzende Herbert Warnke hervor, sollte sich fortan "gegen die anglo-amerikanischen Imperialisten, Adenauer und Böckler richten". Deshalb müsse man "den Arbeitern drüben sagen: Verteidigt Eure Gewerkschaften auch gegen Böckler! Seht zu, daß ihre eine andere Führung bekommt!"³⁸ Diese Wende nachzuvollziehen fiel vor allem jenen FDGB-Funktionären nicht leicht, die bis 1933 mit den Führern des DGB und der westdeutschen Gewerkschaften zusammengearbeitet hatten. So wies die Redaktion der FDGB-Zeitung "Tribüne" im März 1950 einen Beitrag Hermann Schlimmes zurück mit der Begründung, daß der "Artikel noch nicht genug die inzwischen beschlossene neue Linie des FDGB widerspiegelt, die darin besteht, sich an die Mitglieder und Funktionäre zu wenden und sie zum Kampf gegen Böcklers Spalterpolitik aufzurufen".³⁹

Das Ziel der Aktionseinheit von unten und die gleichzeitige Forderung an die westdeutschen Gewerkschafter, ihre Führung abzulösen, barg einen offensichtlichen Widerspruch; denn der Vorstand des DGB und die Leitungen der Gewerkschaften waren in der Regel mit großen Mehrheiten gewählt worden. In seinem Referat beim FDGB-Kongreß 1950 konnte Warnke jedoch nur mit dem vagen Hinweis aufwarten, man darf "die Reden der Führer, man darf selbst die Resultate politischer Wahlen nicht mit der Stimmung der Massen verwechseln".⁴⁰ Als Aufgabe der "gesamtdeutschen Politik" des FDGB formulierte Warnke zusammenfassend die Auseinandersetzung mit der Politik der westdeutschen Gewerkschaftsführer, die Herstellung von Kontakten zur Unterstützung von "fortschrittlichen Gewerkschaftern und der Arbeiterschaft Westdeutschlands" und ein verstärktes Engagement zur Gewinnung der Massen in der Bundesrepublik.⁴¹

36 Abgedr. in: Programmatische Dokumente der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands. Hrsg. u. eingel. v. Helmut Neef, Berlin 1967, S. 102-118, Zitat S. 102.

37 SAPMO-BA, DY 34, vorl. Nr. 26/-/277: Aktennotiz über die Kommissionssitzung des Büros für deutsche Gewerkschaftsarbeit am 15.4.1950 vom 19.4.1950.

38 Ebenda: Bericht über die Besprechung mit den Vertretern der Schwerpunkt-Industriegewerkschaften des Büros für deutsche Gewerkschaftseinheit am 20.3.1950 vom 21.3.1950.

39 SAPMO-BA, NY 4016 NL Schlimme, Nr. 25: Redaktion "Tribüne" an Schlimme vom 30.3.1950.

40 Protokoll des 3. Kongresses des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes vom 30. August bis 3. September 1950. Berlin, Werner Seelenbinder-Halle, Berlin 1950, S. 51.

41 Ebenda, S. 55.

Das "Büro für deutsche Gewerkschaftseinheit" des FDGB

Am 1. November 1948 wurde das Büro für deutsche Gewerkschaftseinheit beim FDGB-Bundesvorstand gebildet. "Die Lage, die für diesen Beschluß bestimmend war, braucht nach dem bisher Gesagten nicht noch einmal analysiert zu werden"⁴², lautete die lapidare Begründung.

Das Büro für deutsche Gewerkschaftseinheit war eine Abteilung des FDGB-Bundesvorstandes.⁴³ Seine eigentliche Arbeit begann erst Ende 1949. Den Impuls gab die Westkommission der SED.⁴⁴ Auch bei den FDGB-Gewerkschaften wurden Abteilungen für Westarbeit aufgebaut, die vom Büro für deutsche Gewerkschaftseinheit angeleitet und kontrolliert wurden. Sie sollten sich "in allen möglichen Formen" beteiligen.⁴⁵ Besonderes Gewicht sollte auf die Branchen "Bergbau, Metall, Eisenbahn, Transport (Hafen)" gelegt werden.⁴⁶ Den für diese Wirtschaftszweige zuständigen Verbänden des FDGB sollte deshalb spezielle Bedeutung bei der Westarbeit zukommen ("Schwerpunktgewerkschaften"). Die besondere Aufmerksamkeit gerade für diese Sektoren kam nicht von ungefähr. Zwar dürfte eine Rolle gespielt haben, daß im Bergbau und in der Metallindustrie in der Bundesrepublik die Kommunisten mehr Resonanz fanden als in anderen Bereichen. Der Hauptgrund für das Augenmerk der FDGB-Westarbeit war aber, daß es sich um Schlüsselindustrien und im Falle von Eisenbahn und Transport um sabotageanfällige und strategisch wichtige Branchen handelte, deren Kontrolle als besonders wichtig angesehen wurde.

Die Analyse der organisatorischen Strukturen der FDGB-Westarbeit ist unvollständig, wenn der Blick allein den Binnenverhältnissen gilt. Von Bedeutung sind auch die Außenbeziehungen, wobei besonders die Gewerkschaftspolitik der KPD in der Bundesrepublik zu berücksichtigen ist. Der Versuch, das Verhältnis zwischen der Staatspartei (und -gewerkschaft) in der DDR und der kommunistischen Partei (und ihrer Gewerkschaftsarbeit) in Westdeutschland genauer zu erläutern, würde jedoch den Rahmen dieses Beitrages sprengen. Deshalb sollen hier nur einige Aspekte angesprochen werden.

Die KPD mit ihren Gliederungen und Funktionären in Gewerkschaften und Betrieben war eine wichtige organisatorische Stütze der Aktivitäten des FDGB in der Bundesrepublik. Viele Maßnahmen des Büros für deutsche Gewerkschaftseinheit setzten die Kooperation der KPD auf allen Ebenen als Anlauf-, Vermittlungs- und Verteilungsstelle sowie Organisations- und Koordinationszentrale voraus. Der FDGB sah in der KPD eine willfährige Hilfstuppe für die Westarbeit. Deshalb reisten seine Vertreter immer wieder zu Absprachen zum Parteivorstand nach Frankfurt am Main.⁴⁷

42 Aus der Arbeit des FDGB (Anm. 23), S. 97. In der Berliner Gewerkschaftsgeschichte (Anm. 17), S. 109, wird als Gründungsdatum des Büros Mai 1948 genannt.

43 Vgl. dagegen Gill, FDGB (Anm. 5), S. 428, Anm. 199, der das Büro als Koordinationsstelle charakterisiert.

44 Vgl. SAPMO-BA, NY 4182 NL Ulbricht, Nr. 867, Bl. 145f.: Protokoll Nr. 21 der Sitzung der Westkommission der SED vom 2.11.1949.

45 So der FDGB-Vorsitzende Warnke, wie Anm. 38.

46 SAPMO-BA, DY 34, vor. Nr. 26/-/277: Aktennotiz über eine Unterredung mit Franz Dahlem, Frühjahr 1950. Die Urheberchaft konnte nicht ermittelt werden; die Datierung ergibt sich aus dem Inhalt.

47 Vgl. z.B. SAPMO-BA, DY 43, FDGB-Buvo, Nr. A 3675: Bericht über die Reise nach Westdeutschland vom 7. bis 14.12.1949 vom 27.12.1949.

Aber die Unterstützung durch die westdeutschen Kommunisten funktionierte nicht so reibungslos, wie man in der Ostberliner Gewerkschaftszentrale erwartete. Im Juni 1950 wurde von der SED-Westkommission die "Notwendigkeit radikaler Maßnahmen zur Verbesserung der Gewerkschaftspolitik der KPD" unterstrichen.⁴⁸ Deutlicher wurde das Sekretariat des FDGB-Bundesvorstandes in einem Beschluß vom August 1950. Nun wurde die Entsendung eines Vertreters veranlaßt, der auf die Durchführung der Beschlüsse des FDGB durch die zuständige Abteilung Arbeit und Soziales des KPD-Vorstandes achten sollte.⁴⁹ Konkret verwies FDGB-Bundesvorstandsmitglied Friedel Malter auf die Schwächen der KPD, indem sie feststellte, daß bei einem großen Teil der KPD "starke sektiererische Tendenzen vorhanden" seien. Sie würden den Zusammenhang zwischen "Gewerkschaftskampf und nationalem Widerstand" nicht erkennen.⁵⁰

Der Unwillen vieler westdeutscher Kommunisten, den Vorgaben des FDGB-Vorstandes zu folgen, hatte seine Ursache auch in dem radikalen Kurs, der von dort vorgegeben wurde. Als der KPD-Parteivorstand im März 1950 eine umfassende Resolution zur Gewerkschaftspolitik verabschiedete, die vorher in Ostberlin beraten worden war⁵¹, kam es zu Auseinandersetzungen über die Gewerkschaftsarbeit. Hermann Nuding, im westdeutschen Parteivorstand für die Gewerkschaften zuständig, "hatte Bedenken gegen die angeschlagene und überzogene Polemik. Vor allem stellte er sich gegen unrealistische Forderungen und wandte sich gegen das Sektierertum in der Gewerkschaftspolitik, mit der sich die KPD weiter zu isolieren drohte".⁵² Nuding wurde abgesetzt. Der schließlich ein Jahr später gefaßte Beschluß des FDGB, die "Arbeit nach Westdeutschland politisch und organisatorisch unabhängig von der KPD" durchzuführen⁵³, bezog sich wohl mehr auf die Autonomie des FDGB gegenüber der KPD als umgekehrt. Es kann kein Zweifel bestehen, daß die Gewerkschaftsarbeit der KPD, so wie ihre Politik überhaupt, den Vorgaben aus dem Osten, in diesem Fall des Büros für deutsche Gewerkschaftseinheit, folgte.

48 Vgl. SAPMO-BA, NY 4182 NL Ulbricht, Nr. 867, Bl. 258ff.: Notizen von Franz Dahlem zum Protokoll Nr. 52 der Sekretariatssitzung der Westkommission der SED am 7.6.1950 vom 19.6.1950. Ein kritisches Resümee zog auch Herbert Warnke nach einer Reise in die Bundesrepublik; SAPMO-BA, DY 34, Nr. 3675: Herbert Warnke, Bericht über meine Reise nach Hannover und Hamburg am 1. und 2. Juli 1950 v. 3.7.1950. Ähnlich auch Karl Fugger; vgl. ebenda: Karl Fugger an den FDGB-Bundesvorstand, Herbert Warnke, und das Büro für deutsche Gewerkschaftseinheit, Franz Dietrich, vom 5.8.1950.

49 SAPMO-BA, DY 34, Nr. A 4062: Beschluß S 514/40 des Sekretariats des FDGB-Bundesvorstandes v. 10.8.1950.

50 SAPMO-BA, DY 34, Nr. A 3675: Protokoll über die Arbeitstagung des Büros für deutsche Gewerkschaftseinheit in der Zentralschule der Industriegewerkschaft Metall vom 25. bis 28.9.1950 in Lanke vom 4.10.1950, S. 2.

51 Die Gewerkschaftsbewegung und die Kommunisten. Resolution der 15. Tagung des Parteivorstandes der KPD am 6. und 7. März 1950. Sonderbeilage zu Wissen und Tat. Theoretische Zeitschrift des Parteivorstandes der KPD, 5 (1950), Heft 2. Der Entwurf der Resolution lag der Westkommission der SED vor; SAPMO-BA, DY 34, Nr. A 3675: "Die Gewerkschaften und die Kommunisten", Abschrift, 27.1.1950.

52 Mayer, Herbert: Durchsetzt von Parteifeinden, Agenten, Verbrechern...? Zu den Parteisäuberungen in der KPD (1948-1952) unter Mitwirkung der SED, Berlin 1995, S. 29.

53 SAPMO-BA, DY 34, vorl. Nr. 25/-/808: "Vertrauliche Verschlusssache", Beschluß des Sekretariats des FDGB-Bundesvorstandes am 12.5.1951 vom 17.5.1951.

Die Leitung des Büros für deutsche Gewerkschaftseinheit, das später Büro für nationale Gewerkschaftsarbeit und dann Büro für Arbeiterfragen in Westdeutschland hieß⁵⁴, hatte bis Anfang 1950 Hans Slawsky, dann Franz Dietrich inne.⁵⁵ Ihm folgte 1954 Paul Geisler⁵⁶. Von Oktober 1955 bis 1963 stand Josef (Jupp) Steidl⁵⁷ an der Spitze der Westabteilung beim FDGB-Bundesvorstand.

Bis Ende 1949 bestand das Personal des Büros nur aus dem Sekretär und zwei Bürokräften. "Die Arbeit beschränkte sich deshalb auf die Erstellung von Analysen über die Lage in Westdeutschland und ihre Verwertung für Referate und für die Presse." Im Januar 1950 wurde die Abteilung auf fünf "politische" und drei "technische Kräfte" sowie drei Mitarbeiter, die in den Ländern Sachsen-Anhalt, Thüringen und Mecklenburg tätig waren, erweitert.⁵⁸ Die Westkommission der SED beschloß im Juni 1950, die Abteilung zu reorganisieren und personell auszubauen.⁵⁹

Leider erlauben die vorliegenden Materialien kein genaues Bild über die Größe des Büros für deutsche Gewerkschaftseinheit, und die in den ausgewerteten Akten überlieferten Berichte enthalten nach 1950 keine Angaben mehr zur personellen Stärke der Abteilung. Im Laufe der Jahre sei sie die größte im FDGB-Bundesvorstand geworden⁶⁰, man schätzte sie schon 1953 auf insgesamt 200 Mitarbeiter⁶¹, und Geld habe "überhaupt keine Rolle" gespielt.⁶² 1959 wurde das Personal des Büros auf 3000 bis 4000 Personen beziffert, und der Etat der

54 Der FDGB als Erfüllungsgehilfe der SED. Hrsg. vom DGB-Bundesvorstand, 3. Aufl., Düsseldorf 1964, S. 69.

55 Slawsky (geb. 1906) war bis März 1950 Leiter des Büros für deutsche Gewerkschaftsarbeit. Er wurde wegen einer aus Sicht des FDGB-Bundesvorstandes politisch bedenklichen Umfrageaktion über Kündigungen von Arbeitnehmern in der SBZ/DDR entlassen. Dietrich (geb. 1905) wurde später Verwaltungsdirektor an der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft "Walter Ulbricht". Für diese Hinweise danke ich Dr. Ulrich Mählert, Universität Mannheim.

56 Geisler (1895-1971) wurde dann Leiter der Abteilung Kader und Organisation und 1958 Sekretär im Zentralvorstand der IG Metall im FDGB.

57 Steidl (1919-1986) war 1949-1954 Vorsitzender des FDGB-Landesvorstandes Brandenburg bzw. Bezirksvorstandes Potsdam der IG Transport und leitete von 1954 bis Oktober 1955 den Sektor Information des Büros für deutsche Gewerkschaftseinheit. Ab 1962 war er im ZK der SED zuständig für Gewerkschaften und Sozialpolitik, von 1965 bis 1985 für die nachrichtendienstliche Abteilung "Verkehr".

58 SAPMO-BA, DY 34, Nr. A 3675: Bericht über die Arbeit der Abteilung "Büro für deutsche Gewerkschaftseinheit" vom 22.3.1950, S. 1.

59 SAPMO-BA, NY 4182 NL Ulbricht, Nr. 867, Bl. 227-231; Protokoll Nr. 52 der Sekretariatsitzung der Westkommission der SED vom 7. 6.1950.

60 Haas, Gerhard: Der FDGB 1954. Hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1954, S. 46; Feinde der Demokratie. Presseschau, Kommentare und Informationen aus gewerkschaftlicher Sicht, hrsg. vom DGB-Landesbezirksvorstand Niedersachsen, Sonderheft: Die "Gesamtdeutsche Arbeit" des FDGB, VII. Jg., Juni 1958, S. 4.

61 Laut "einer Verschlußsache des Sekretariats des FDGB-Bundesvorstandes", zitiert in: Archiv der sozialen Demokratie. Bonn (im folgenden: AdsD), Best. Ostbüro, Nr. 0386c/03127: Bericht über die Abteilung Deutsche Gewerkschaftseinheit beim Bundesvorstand des FDGB vom 3.3.1955. Weiteres Material zur Westarbeit des FDGB in den fünfziger Jahren findet sich in folgenden Akten dieses Best.: 0386c/03125f., 0351k/02928 und 02930.

62 Art. "Die Gewerkschafts-Einheit der SED", in: Der Arbeitgeber, Düsseldorf, H. 11 vom 5.6.1955, S. 387ff., Zitat S. 389.

Abteilung habe 130 bis 150 Millionen DDR-Mark umfaßt.⁶³ Auf den ersten Blick mögen diese Zahlen westlicher Quellen zu hoch erscheinen. Sieht man sich jedoch Zielsetzung sowie Art und Umfang der Aktivitäten des Büros für deutsche Gewerkschaftseinheit an, sind sie in ihrer Tendenz durchaus plausibel.

Formen und Methoden der Westarbeit des FDGB

Das Büro für deutsche Gewerkschaftseinheit hatte eine Reihe von Aufgaben, die als Grundlagen der Westarbeit angesehen wurden. Dazu zählten u.a. die Sammlung von Material und die Ausarbeitung von z.T. sehr umfangreichen "Analysen" über die Gewerkschaften in der Bundesrepublik.⁶⁴ Mit großem Aufwand wurde aber auch die Entwicklung der Situation der Arbeitnehmer insgesamt und in einzelnen Branchen beobachtet.⁶⁵ Seit Juni 1951 gab das Büro für deutsche Gewerkschaftseinheit auch interne "Informationsberichte" heraus, die über die Stimmung in Betrieben und Gewerkschaften in der Bundesrepublik Auskunft geben sollten.⁶⁶ Neben der Beschaffung und Sammlung von Informationen verfolgten die Westabteilungen des FDGB und der Gewerkschaften direkte Maßnahmen, mit denen sie ihre Ziele in der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung forcieren zu können glaubten.

Die Verbreitung von Materialien in der Bundesrepublik betrieb der FDGB mit großem Aufwand. Im Juli 1951 wurde eigens eine "Versandabteilung" beim Büro für deutsche Gewerkschaftseinheit geschaffen. Die Menge der allein in der zweiten Jahreshälfte 1951 von dort in die Bundesrepublik verschickten Drucksachen ist bemerkenswert. In diesem Zeitraum wurden über 225.000 Postsendungen, Briefe und Päckchen auf den Weg gebracht. Von April bis Dezember 1951 wurden - nach Angaben des FDGB - Klebezettel, Flugblätter, Zeitschriften und Broschüren mit einer Gesamtauflage von über drei Millionen in die Bundesrepublik verschickt.⁶⁷

Speziell für die Agitation in der Bundesrepublik sollte ein monatliches "Bulletin" herausgegeben werden. Es verblüfft, daß dieses Vorhaben 1950 mit der Begründung verschoben werden mußte, daß "ein journalistisch befähigter Kollege für die Durchführung dieser Aufgabe" im Büro für deutsche Gewerkschaftseinheit "noch nicht vorhanden" war.⁶⁸ Erst ab August 1951 erschien dann zweimal im Monat die "Deutsche Gewerkschafts-Zeitung". Ende 1951 wurde einerseits konstatiert, daß die Zeitung "in Westdeutschland unter den Werktätigen einen guten Anklang" fände, andererseits aber "noch nicht die genügende Breitenbasis"

63 Friedberg, Harry: Die Westarbeit des FDGB, in: SBZ-Archiv, 10 (1959), S. 49-53, hier S. 52. Vgl. auch: Der Gewerkschaftsapparat der SED. Organisation, Hauptaufgaben und politische Entwicklung der Pseudo-Gewerkschaft in der Sowjetzone. Von Gerhard Haas, neu bearb. v. Julian Lehnecke, hrsg. v. Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Bonn/Berlin 1963, S. 17.

64 Vgl. z.B. die "Analyse" von Juni 1954, in: SAPMO-BA, DY 34, Nr. A 0267.

65 Vgl. z.B. ebenda, Nr. A 0266.

66 Vgl. ebenda, ab Nr. A 2692.

67 Eigene Berechnungen nach den Angaben in: SAPMO-BA, DY 34, vorl. Nr. 26/90/1899: Jahresbericht für das Jahr 1951 des Büros für deutsche Gewerkschaftseinheit, S. 15ff.

68 SAPMO-BA, DY 34, Nr. A 3675: Bericht über die Arbeit der Abteilung "Büro für deutsche Gewerkschaftseinheit" in den Monaten April und Mai 1950 vom 2.6.1950.

habe.⁶⁹ Daran änderte sich auch nichts, schon im Februar 1952 wurde das Erscheinen wieder eingestellt.

Für viele der westdeutschen Arbeiter waren Inhalt und Diktion des FDGB-Materials nicht nachzuvollziehen. Die Drucksachen, so gab Dietrich die Meinung westdeutscher Gewerkschafter wieder, würden "eine viel zu ungenügende politisch-ideologische Auseinandersetzung mit der Politik und Theorie der rechten Gewerkschaftsführer darstellen", "nur schimpfen, schlagwortartige Feststellungen machen".⁷⁰ Eine Teilnehmerin an einer Arbeitstagung des Büros für deutsche Gewerkschaftseinheit schrieb dem FDGB ins Stammbuch: "Wir bekommen Euer Material, Ihr habt aber vergessen, daß die fünf Jahre Eurer Entwicklung auch schon eine Entwicklung der Sprache mit sich gebracht haben, der die westdeutschen Gewerkschafter nur schwer folgen können."⁷¹

Besonderes Gewicht legte der FDGB bei der Westarbeit auf die Herstellung persönlicher Kontakte zu westdeutschen Arbeitern und Gewerkschaftern durch Einladungen und Delegationen. Eine große Gruppe der westdeutschen Gewerkschafter, die in die DDR reisten, waren Teilnehmer an Ferienaufenthalten in FDGB-Heimen. Ursprünglich war nur beabsichtigt, solche westdeutschen Arbeiter einzuladen, "die vielleicht Opfer des Demontagekampfes oder Opfer beim Kampf der Aktionseinheit oder im Kampf für die Gewerkschaftseinheit geworden sind".⁷² Diese Einschränkung wurde aufgegeben. Erstmals seien 1950 200 westdeutsche Gewerkschafter in FDGB-Ferienheimen zu Gast gewesen.⁷³ Umfang und Betreuung der westdeutschen Urlauberguppen wurden ab Juli 1950 in Richtlinien detailliert geregelt. Die FDGB-eigenen Ferienheime sollten zu 60 Prozent mit Gästen aus der Bundesrepublik und zu 40 Prozent mit "politisch bewußten Kollegen aus der DDR" belegt werden.⁷⁴ In den Regularien wurde auch die genaue Auswertung der Aktionen am Ende einer Reisepériode vorgeschrieben, so daß diese Berichte Aufschluß über Umfang und Ergebnisse dieses Teils der FDGB-Westarbeit geben. So hält beispielsweise eine "Analyse" der Delegationen von Januar bis Oktober 1952 fest⁷⁵, daß in den ersten zehn Monaten jenes Jahres 4093 Urlauber aus dem Westen betreut worden seien. 1299 davon gehörten der KPD an, 72 der SPD, der Rest war parteilos, und "nur" 290 übten gewerkschaftliche Funktionen aus. Zur eigentlichen Intention der Ferienaktion, Verbindungen in den Westen aufzubauen, ist in dem Bericht zusammenfassend vermerkt: Von den Urlaubern wurden "gewonnen: 112 als Anlaufstellen, 109 die Quartiere zur Verfügung stellen, 825 zu denen von Instruktoren Verbindung aufgenommen werden kann. 1345 die mit Material beliefert werden. 1702 sind für die Arbeit nicht zu verwenden. Hierbei handelt es sich um ca. 350 Kollegen, die von unseren Betreuern als absolut

69 Jahresbericht 1951 (Anm. 67), S. 13.

70 SAPMO-BA, DY 34, vorl. Nr. 26/-/277: Bericht der Kommissionssitzung des Büros für deutsche Gewerkschaftseinheit am 3.6.1950 vom 5.6.1950.

71 SAPMO-BA, DY 34, Nr. A 3675: Bericht über die Arbeitstagung des Büros für deutsche Gewerkschaftseinheit mit westdeutschen Kollegen am 26.7.1950.

72 SAPMO-BA, DY 34, Nr. A 4030: Entwurf, Grundsätze für eine gesamtdeutsche Gewerkschaftsarbeit des Büros für deutsche Gewerkschaftseinheit vom 29.11.1949, S. 20.

73 Aus der Arbeit des FDGB (Anm. 23), S. 99.

74 SAPMO-BA, DY 34, vorl. Nr. 26/6/276: Richtlinien für die politische und kulturelle Betreuung der westdeutschen Kollegen in den Ferienheimen des FDGB vom 31.7.1950.

75 Dieser und weitere Berichte aus den Jahren 1952/53 finden sich in: SAPMO-BA, DY 34, vorl. Nr. 26/102/2067.

negative Elemente charakterisiert werden, um Kinder und um Hausfrauen." Die Gesamtbilanz lautete: "Der politische Gewinn der Urlauber-Aktion steht in keinem Verhältnis zu dem betriebenen Aufwand." Ein so negatives Fazit war nicht die Ausnahme. Kritisiert wurde, daß an den Ferientaufenthalten zu viele KPD- und zu wenige SPD- und Mitglieder anderer Parteien teilnahmen und der Erfolg in Form des Aufbaues dauernder Kontakte zu gering war.⁷⁶ Bezeichnend für das mangelnde politische Interesse des größten Teils der Westurlauber ist ein Gedicht in der zum Abschluß eines Ferientaufenthaltes herausgegebenen "Bierzeitung" vom Sommer 1953. Ironisch heißt es darin zum Schluß: "Und komm ich nach Hause, so werden sie fragen / Was ich gesehen und ich muß dann sagen: / Ich hab gut getrunken und hab gut gegessen, / Den Kampf um die Einheit, den hab ich vergessen."⁷⁷

Neben den Urlauberdelegationen luden der FDGB und die Einzelgewerkschaften zu unterschiedlichen Anlässen, etwa zu den 1. Mai-Feiern⁷⁸, Gruppen aus dem Westen in die DDR ein. In einer ersten Bilanz im Oktober 1950 hieß es: "Delegationen wurden von uns in großer Zahl eingeladen und die Erfolge waren nicht schlecht, die dabei erzielt wurden. Aber jetzt kommt es darauf an, mehr Wert auf die Qualität zu legen, d.h. also, wir müssen Delegationen einladen, die für uns einen Wert haben, z.B. Funktionäre, Sozialdemokraten, Parteiose, die sich im Kampf in Westdeutschland bemerkbar gemacht haben."⁷⁹

Von Oktober 1953 bis Februar 1956 registrierte der FDGB insgesamt 139.663 Besucher aus der Bundesrepublik.⁸⁰ Neben den Urlaubern hatten davon Betriebsdelegationen und Reisegruppen zur Leipziger Frühjahrs- und Herbstmesse⁸¹ den größten Anteil. Auch zu diesen enthielt der bereits zitierte Bericht vom Oktober 1950 keine positive Rückschau.⁸² Zu den Betriebsdelegationen wurde festgestellt: "Die Delegationsteilnehmer verpflichteten sich, in Westdeutschland die Wahrheit über die DDR zu verbreiten und Agitationsmaterial zu empfangen und zu verteilen. Festgestellt werden muß, daß die Delegationsmitglieder nur in einzelnen Fällen ihren abgelegten Verpflichtungen nachgekommen sind." Und mit Blick auf die Leipziger Messe wurde angemerkt: "Es muß erreicht werden, daß in Zukunft mehr parteiose Arbeiter, mehr SPD-Funktionäre (soweit sie positiv sind) eingeladen werden, die ihre Erfahrungen auswerten. Die Delegationen von Ehefrauen ohne Funktionen und ohne politische Tätigkeit sowie von Kindern muß weitgehendst [!] eingeschränkt werden."

76 Zahlreiche Berichte und Material dazu sind überliefert in: SAPMO-BA, DY 34, vorl. Nr. 26/103/2067; 26/104/2067; 26/105/2067; 26/106/2067; 26/92/1899; 26/57/1892; 26/61/1892; 26/58/1892.

77 SAPMO-BA, DY 34, vorl. Nr. 26/104/2067: "Bierzeitung des FDGB-Heim Glückauf", "Durchgang 1.-14.6.1953".

78 Vgl. z.B. anlässlich des 1. Mai 1954 SAPMO-BA, DY 34, vorl. Nr. 26/83/1896.

79 Wie Anm. 50, S. 6.

80 SAPMO-BA, DY 34, Nr. 3643: Hausmitteilung des Büros für deutsche Gewerkschaftseinheit an Herbert Warnke vom 13.2.1956.

81 Zu Delegationen zu den Leipziger Messen 1953 und 1954 vgl. SAPMO-BA, DY 34, vorl. Nr. 26/94/1899; 26/59/1892. Zu den umfassenden Vorbereitungen für die Delegationen zur Herbstmesse 1955 vgl. SAPMO-BA, DY 34, Nr. A. 6033: Beschluß P 58/55 des Präsidiums des FDGB-Bundesvorstandes vom 28.7.1955. Im folgenden unberücksichtigt bleiben die Delegationen zu den von 1954 bis 1971 in Leipzig stattfindenden sogenannten "Gesamtdeutschen Arbeiterkonferenzen". Zu den Protokollen und den im Zusammenhang dieser Konferenzen erschienenen Periodika und Veröffentlichungen vgl. den von der Bibliothek des SAPMO-BA hrsg. Bibliotheksbrief, Ausgabe 10/94.

82 Wie Anm. 50.

Zur Herstellung persönlicher Kontakte zu westdeutschen Gewerkschaftern entsandte der FDGB auch sogenannte "Instruktoren" in die Bundesrepublik. Sie sollten Kontakte zu Gewerkschaftern in den Betrieben herstellen, sich bei Arbeitskämpfen engagieren, durch Urlaubs- und Delegationsreisen in die DDR entstandene Verbindungen aufrechterhalten und ausbauen sowie Informationen über die Entwicklung der westdeutschen Gewerkschaften liefern. Welche Schwierigkeiten die in die Bundesrepublik entsandten FDGB-Instruktoren hatten, zeigte sich bei einer Konferenz im Oktober 1951: Die Kontaktaufnahme im Westen war schwierig, es fehlte an Anleitung und Informationen und mit der Ankunft in der Bundesrepublik bestand keine Verbindung mehr nach Ostberlin.⁸³ Probleme ergaben sich auch bei der Rekrutierung der FDGB-Emissäre durch die Gewerkschaften, weil diese bei der Auswahl "nachlässig" arbeiteten. Während sich das Büro für deutsche Gewerkschaftsarbeit um Konspiration bemühte, wurde bei einer Überprüfung im Juni 1951 festgestellt, daß die meisten der eingeladenen 60 Kandidaten bereits vorher über den Zweck des Gesprächs informiert worden waren. Außerdem kam nur ein Teil der Anwärter überhaupt in Frage: "Einige Industriegewerkschaften schlugen Kollegen vor, die sie selbst aufgrund mangelnder Qualifikation nicht gebrauchen" konnten. Schließlich meldeten sie "Schwerbeschädigte von 40-70 Prozent". Daraus wurde in dem Bericht gefolgert, "daß die Industriegewerkschaften die politische Bedeutung der Instruktorenarbeit in Westdeutschland nicht erkannt haben".⁸⁴ Die Jahresbilanz 1951 war insgesamt negativ. Von 611 überprüften Kandidaten kamen 280 als Instruktoren zum Einsatz, davon "fielen" weitere 70 aus, die "gegen die Disziplin verstoßen haben, denen Unehrlichkeit nachgewiesen wurde oder die verhaftet wurden."⁸⁵ Wegen der Gefahr, in die Mühlen der bundesrepublikanischen Justiz zu geraten, die in den fünfziger Jahren auf der Grundlage des politischen Strafrechts gegen alles vorging, was im Verdacht des Kommunismus stand⁸⁶, mußten die Instruktoren verdeckt operieren. Günter Guillaume schildert in seinen Erinnerungen, wie sich 1954 eine Instruktorengruppe seiner Gewerkschaft anlässlich des Streiks in der bayerischen Metallindustrie⁸⁷ auf den Weg in den Westen machte. Kurz vor der deutsch-deutschen Grenze wurden die über den Zug verteilten Instruktoren zum Aussteigen aufgefordert, weil die westdeutschen Behörden von der Aktion Kenntnis bekommen hatten und man mit der Verhaftung der Gruppe rechnete. (Der spätere Kanzleramtsspion Guillaume freilich mißachtete nach seinen eigenen Angaben den Rückzugsbefehl und machte so sein "Probestück als politischer Aufklärer").⁸⁸

83 SAPMO-BA, DY 34, vorl. Nr. 25/-/808: "Vertrauliche Verschlusssache", Bericht über die auf Beschluß des Sekretariats des Bundesvorstandes des FDGB stattgefundene Beratung mit den Instruktoren, die in Westdeutschland eingesetzt sind am 24.10.1951. Der Bericht mit selbem Datum beinhaltet ein Wortprotokoll der umfangreichen Diskussion.

84 Jahresbericht 1951 (Anm. 67), S. 6.

85 Ebenda, S. 15.

86 Vgl. allgemein von Brünneck, Alexander: Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1968, Frankfurt (Main) 1978, zur Verfolgung von FDGB-Instruktoren in der Bundesrepublik S. 148 und 205; außerdem die Beispiele bei Posser, Diether: *Anwalt im Kalten Krieg. Ein Stück deutscher Geschichte in politischen Prozessen 1951-1968*, München 1991, S. 207 und S. 266-277.

87 Vgl. Schmidt, Rudi: *Der Streik in der bayerischen Metallindustrie von 1954. Lehrstück eines sozialen Konflikts*, Köln 1995.

88 Guillaume, Günter: *Die Aussage. Protokolliert von Günter Karau*, Berlin 1988, Zitat S. 35.

Verlauf und konzeptioneller Wandel der FDGB-Westarbeit bis 1956

Mit der fortschreitenden politischen und wirtschaftlichen Integration in das westeuropäische Staatensystem und der Diskussion um die Wiederbewaffnung⁸⁹ der Bundesrepublik erfuhr die Westarbeit des FDGB eine Konkretisierung. Damit wurde den Vorgaben der Vormacht Sowjetunion gegenüber der SED Rechnung getragen, das Engagement in der Bundesrepublik zu verstärken, um die Wiederbewaffnung und Westintegration des westdeutschen Staates zu verhindern.⁹⁰ Diesen Weisungen hatten natürlich auch die Massenorganisationen und mit ihnen der FDGB zu folgen. Im Mai 1951 beschloß das Sekretariat des FDGB-Bundesvorstandes, daß nun "der Kampf um den Frieden gegen die Remilitarisierung Deutschlands [...] im Vordergrund der Gewerkschaftsarbeit in Westdeutschland" stehe. Die gesamtdeutsche Politik des FDGB müsse darauf ausgerichtet sein, "die Gewerkschafter Westdeutschlands im Kampf gegen die Remilitarisierung und für die Durchführung der Volksbefragung sowie bei der Herstellung der Aktionseinheit aller westdeutschen Arbeiter zu unterstützen und die rechte Gewerkschaftsführung zu entlarven".⁹¹ Die Volksbefragung sollte in der Bundesrepublik durch die KPD von Ausschüssen organisiert werden, die aber vom Bundes- und den Länderinnenministern verboten wurden.⁹² So konnte die Befragung nur in der DDR stattfinden. Wie nicht anders zu erwarten, stimmten dort über 95 Prozent gegen die "Remilitarisierung" der Bundesrepublik.⁹³

Der FDGB wollte die westdeutschen Gewerkschaften zu einer Stellungnahme zur Wiederbewaffnung nötigen. Deshalb sollten über einzelne DGB-Kreisausschüsse Anträge lanciert werden, um die Tagesordnung des außerordentlichen DGB-Bundeskongresses 1951 entsprechend zu erweitern.⁹⁴ Tatsächlich lagen der Ende Juni 1951 tagenden Konferenz mehrere solche, inhaltlich identische Anträge vor, von denen einer zur Abstimmung kam und abgelehnt wurde. Der Sitzungsvorsitzende Georg Reuter kommentierte den Antrag: "Wir möchten uns unser Geschehen auf einem freien Gewerkschaftskongreß nicht von außen her vorschreiben lassen. (Lebhafter, langanhaltender Beifall.) [...] Jawohl, wir müssen nach dem Frieden streben und müssen alle Kräfte gegen den Krieg wenden. Das haben wir getan, das werden wir tun. Aber Beauftragte einer fremden Macht, die bis an die Zähne gerüstet ist, sollten in unserem Lande nicht verlangen, daß wir uns eines guten Tages wehrlos der Abschachtung durch sie preisgeben."⁹⁵ Damit wurde offenkundig, daß die Anstrengungen des FDGB, auf die westdeutsche Gewerkschaftsbewegung Einfluß zu nehmen, dort leicht durchschaut wurden und deshalb chancenlos waren.

89 Vgl. die Beiträge in: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945-1956. Bd. 2: Die EVG-Phase, München 1990.

90 Staritz, Dietrich: Geschichte der DDR. Erweiterte Neuausgabe, Frankfurt a.M. 1996, S. 85.

91 Wie Anm. 53.

92 Vgl. von Brünnec, Politische Justiz (Anm. 86), S. 64ff.

93 Geschichte des FDGB. Chronik 1945-1986, Berlin 1986, S. 65.

94 Wie Anm. 53.

95 Protokoll. Außerordentlicher Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Essen, 22. und 23. Juni 1951, Köln 1951, S. 29f., Zitat S. 29. Der FDGB führte diese Niederlage auf die mangelnde Unterstützung schon bei der Verabschiedung der Anträge in den Gliederungen und mangelnde "Mobilisierung" beim Kongreß selbst zurück; Jahresbericht 1951 (Anm. 67), S. 8f.

Der FDGB ließ sich von diesen Niederlagen nicht beirren. Zwei Wochen nach dem DGB-Kongreß diskutierte der Bundesvorstand in Ostberlin "Die Ergebnisse der Volksbefragung und unsere nächsten Aufgaben"⁹⁶. In einer EntschlieÙung wurde festgestellt, daß die DGB-Führung die Wiederentstehung des deutschen Imperialismus als Verbündeter des US-Imperialismus unterstütze. Die Westarbeit wurde deshalb als "die entscheidende Aufgabenstellung überhaupt" hervorgehoben, von der die Schaffung der "Aktionseinheit der Arbeiterklasse" als Basis "für die Erhaltung des Friedens" abhängt.⁹⁷

Als sich im Frühjahr 1952 mit den Plänen zur Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) und dem Abschluß des Deutschlandvertrages die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik abzeichnete, forcierte der FDGB seine Kampagne. Man müsse "den Werktätigen Westdeutschlands Orientierung und Führung geben", und dazu sei "die Herausgabe einer zentralen Losung notwendig". Sie lautete: "Für den Friedensvertrag - gegen den Generalkriegsvertrag".⁹⁸ Unter diesem Motto stand die Westarbeit des FDGB auch in den folgenden Jahren.⁹⁹ In ihrer Arbeit für "die Aktionseinheit aller deutschen Gewerkschafter gegen Militarismus und EVG-Politik"¹⁰⁰ sah sich die DDR-Staatsgewerkschaft durch den Beschluß des DGB-Bundeskongresses 1954, der "jeden Wehrbeitrag" ablehnte, "solange die Einheit Deutschlands nicht wieder hergestellt ist"¹⁰¹, bestätigt¹⁰².

Trotz der 1949/50 erfolgten Verlagerung des Schwerpunkts der Westarbeit "in die Betriebe und unteren Gewerkschaftseinheiten" setzte der FDGB weiterhin auch auf den "Kontakt zwischen führenden Gewerkschaftsfunktionären".¹⁰³ Allerdings verliefen die Westreisen von FDGB- und Gewerkschaftsfunktionären aus der DDR wenig erfolgreich. Nur selten wurden sie überhaupt empfangen und wenn, verliefen die meist kurzen Gespräche, selbst wenn sich die Partner aus der Zeit vor 1933 kannten, in frostiger Atmosphäre.¹⁰⁴ Dennoch wurde ab

96 So der Titel eines Referates von Rudolf Kirchner; vgl. Die Lehren der Volksbefragung und die nächsten Aufgaben der Gewerkschaften. Referat des Kollegen Rudolf Kirchner, stellv. Vorsitzender des FDGB, gehalten in der Sitzung des FDGB-Bundesvorstandes am 4. Juli 1951, hrsg. vom FDGB-Bundesvorstand, Berlin o.J. (1951).

97 SAPMO-BA, DY 34, Nr. A 6811: Beschlußprotokoll der 5. Sitzung des FDGB-Bundesvorstandes am 4./5.7.1951.

98 SAPMO-BA, DY 34, Nr. A 4154: Beschluß S 405/52 des Sekretariats des FDGB-Bundesvorstandes v. 27.5.1952.

99 Vgl. SAPMO-BA, DY 34, Nr. A 6005: Beschluß P 25/53 des Präsidiums des FDGB-Bundesvorstandes v. 25.3.1953.

100 So abschließend in einem Beschluß des FDGB-Bundesvorstandes vom März 1954; SAPMO-BA, DY 43 FDGB-Buvo, Nr. A 6028: EntschlieÙung für die Aktionseinheit aller deutschen Gewerkschafter gegen Militarismus und EVG, für ein einheitliches, demokratisches Deutschland der 16. Tagung des FDGB-Bundesvorstandes vom 9.-11.3.1954.

101 Protokoll. 3. Ordentlicher Bundeskongreß, Frankfurt a.M., 4. bis 9. Oktober 1954. Hrsg. vom DGB-Bundesvorstand, Düsseldorf o.J., S. 811. Allerdings wurde dieser Beschluß innerhalb der DGB-Führungsgremien nicht so eindeutig rezipiert; vgl. Quellen 11 (Anm. 24), Dok. 77, TOP 5e, S. 624-629.

102 SAPMO-BA, DY 34, Nr. A 0270: Sekretariatsvorlage betr. Einschätzung des Verlaufes und der Ergebnisse des 3. DGB-Bundeskongresses vom 4.11.1954.

103 SAPMO-BA, DY 34, Nr. A 4030: Entwurf von Grundsätzen für eine gesamtdeutsche Gewerkschaftsarbeit des Büros für deutsche Gewerkschaftseinheit vom 29.11.1949, S. 20.

104 Vgl. dazu den umfangreichen Bericht von Richard Barth, der 1951 zehn Tage in der Bundesrepublik reiste und sich um Gespräche mit Vertretern der IG Druck und Papier bemühte; SAPMO-BA, NY 4416

1953 die "Orientierung auf direkte Fühlungnahme zu hauptamtlichen und ehrenamtlichen Funktionären in den leitenden Gewerkschaftsorganen"¹⁰⁵, "die Organisierung persönlicher Verbindungen von FDGB-Funktionären (ZV [Zentralvorstände] und Bezirksvorstände) zu bestimmten DGB-Funktionären"¹⁰⁶ in der Planung der Westarbeit wiederholt hervorgehoben. Die Delegationsreisen waren aber weitgehend erfolglos. Von 14 Reisegruppen, die sich von März bis Mai 1954 um Gespräche bei Vorständen bemühten, wurden überhaupt nur sechs empfangen. Und über die daraufhin stattgefundenen Gespräche konnten die Delegationsmitglieder nichts Positives berichten. Wo nicht höfliche Zurückhaltung der Gastgeber gegenüber den Gästen herrschte, mußten sich die DDR-Gewerkschafter Vorwürfe anhören.¹⁰⁷ Aus Sicht der FDGB-Vertreter kamen die Westfunktionäre immer wieder mit "alten 'Kamellen', wie Freilassung einiger politisch Inhaftierter sowie Proklamierung des Koalitions- und Streikrechts".¹⁰⁸ Wenn es tatsächlich einmal zu einer Begegnung zwischen führenden Gewerkschaftern kam, wie im Januar 1955 zwischen dem Vorsitzenden der IG Chemie-Papier-Keramik, Wilhelm Gefeller, und dem Vorsitzenden der IG Chemie in der DDR, Horst Willim, wurde darüber sofort und ausführlich nach ganz oben berichtet. Alle dem Bericht zu entnehmenden Hinweise, die auf Bereitschaft zur Kooperation Gefellers hinweisen, beziehen sich jedoch auf Willims Interpretation. Zum Schluß heißt es zusammenfassend: "Gefeller erklärte sich zu weiteren Unterhaltungen bereit, wenn er auch nicht danach drängte. Nur dürfte nichts davon in die Presse kommen und eine Zusammenarbeit sei zur Zeit noch nicht möglich."¹⁰⁹ Daran änderte sich auch in der folgenden Zeit nichts.

Die ablehnende Haltung westdeutscher Gewerkschaftsführer, Vertreter des FDGB und der DDR-Gewerkschaften zu Gesprächen zu empfangen, hatte neben ideologischen auch persönliche Gründe; denn in der Bundesrepublik wurde natürlich registriert, welche Meinung im FDGB-Vorstand über die Funktionäre des DGB und seiner Verbände vorherrschte. Am deutlichsten wurde dies in entsprechenden Dossiers.

Der Stuttgarter IG Metall-Bezirksleiter Sigmund Löwi galt in Ostberlin als "nicht direkt DDR-feindlich eingestellt".¹¹⁰ Solche Zurückhaltung war jedoch die Ausnahme. Der rheinland-pfälzische DGB-Landesbezirksvorsitzenden Adolf Ludwig wurde als "Kommunisten-

NL Schlimme, Nr. 14. Dieser Bericht ist zugleich auch ein gutes Beispiel dafür, wie interne Materialien des FDGB im Westen zirkulierten; vgl. die Fassung in: DGB-Archiv, Best. 24.1, Nr. 1: Anlage zum Schreiben des SPD-Parteivorstands, Referat Betriebsorganisation, an Christian Fette vom 21.1.1952.

105 SAPMO-BA, DY 34, Nr. 4195: Kurt Kühn, Operativplan für die gesamtdeutsche Gewerkschaftsarbeit bis zum 1. Mai 1953 vom 27.2.1953.

106 SAPMO-BA, DY 34, Nr. A 4232: Sekretariatsvorlage zur Veränderung der Tätigkeit der Büros für deutsche Gewerkschaftsarbeit beim FDGB-Bundesvorstand und den Industriegewerkschaften und Gewerkschaften und der Arbeit nach Westdeutschland vom 31.10.1953.

107 SAPMO-BA, DY 34, vorl. Nr. 26/77/1896: Mitteilung über den Stand der Delegationsbesuche der Bezirksvorstände des FDGB bei gleichgelagerten Leitungen des DGB in Westdeutschland des Büros für deutsche Gewerkschaftseinheit vom 19.5.1954. Vgl. auch ebenda, Nr. A 3967: Büro für deutsche Gewerkschaftsarbeit an Warnke vom 8.3.1954.

108 So Jupp Steidl über ein Gespräch mit Ludwig Linsert und Max Wönner von der DGB-Landesbezirksleitung Bayern; ebenda: Bericht über die Reise vom 13.2.-18.2.1955 vom 22.2.1955.

109 SAPMO-BA, DY 34, Nr. A 3967: Warnke an Ulbricht u. Verner, SED-Zentralkomitee vom 24.1.1955.

110 SAPMO-BA, DY 34, vorl. Nr. 25/-/808: Nicht näher bezeichnete Aktennotiz zu verschiedenen Mitgliedern von Vorständen regionaler und lokaler DGB- und Gewerkschaftsgliederungen. Urheberchaft und Datierung konnten nicht ermittelt werden.

fresser sondersgleichen" und "Hohlkopf" charakterisiert.¹¹¹ Und über den ÖTV-Bezirksleiter Edwin Will ist im gleichen Zusammenhang knapp zu lesen: "charakterlich ein Lump". Anfang 1956 wurden in einem Entwurf für ein Strategiepapier führende westdeutsche Gewerkschafter als "Unternehmerkommissare" bezeichnet, die zu "offenen Agenten der deutschen und amerikanischen Imperialisten" geworden seien.¹¹²

Diese Einschätzungen stammen aus internen FDGB-Papieren. Aber auch in öffentlichen Äußerungen gab es genügend Diffamierungen führender Westgewerkschafter. Trotzdem hatte der FDGB seit 1950 den DGB-Vorstand in Briefen, die propagandistisch vermarktet wurden¹¹³, immer wieder zu gemeinsamen Beratungen aufgefordert.¹¹⁴ Er hatte damit jedoch genausowenig Erfolg wie mit Briefaktionen an Gewerkschaftsmitglieder in der Bundesrepublik.¹¹⁵

Der DGB-Bundesvorstand sendete nur zweimal Antworten nach Ostberlin. Im Dezember 1950 hatte der FDGB eine gemeinsame Erklärung der beiden Gewerkschaftsverbände zur Bildung eines konstituierenden gesamtdeutschen Rates - einem Vorschlag des DDR-Ministerpräsidenten Grotewohl¹¹⁶ - gefordert. Die DDR-Gewerkschaft beteiligte sich damit am allgemeinen "West-Aktionismus", mit dem die Initiative "Deutsche an einen Tisch" im und vom Osten aus begleitet wurde.¹¹⁷ Der DGB verwies in einem kurzen Antwortschreiben an den FDGB auf die Kompetenz der "demokratisch gebildeten, politischen Körperschaften der Bundesrepublik" in dieser Frage.¹¹⁸

Das zweite Mal reagierte die DGB-Führung drei Jahre später auf eine Zuschrift des FDGB. Am 30. Januar 1954 überbrachte eine Delegation ein Schreiben, das in den FDGB-

111 Ebenda: Zwischenbericht über die Positionen in der Gewerkschaft des Büros für deutsche Gewerkschaftseinheit vom 2.8.1951.

112 SAPMO-BA, DY 34, Nr. A 3643: Entwurf eines Offensivplanes des FDGB zur Verstärkung der ideologischen und politischen Arbeit in Westdeutschland, S. 4. Die Urheberschaft konnte nicht ermittelt werden; die Datierung ergibt sich aus dem Inhalt.

113 Vgl. z.B. SAPMO-BA, DY 34, Nr. 3675: Bericht des Büros für deutsche Gewerkschaftseinheit über durchgeführte Maßnahmen des Böckler-Briefes 1 und 2 vom 22.6.1950.

114 Die Schreiben sind überliefert in DGB-Archiv, Best. 24.1, Nr. 1405. Vgl. dazu aus Sicht des FDGB auch Geschäftsbericht des Bundesvorstandes des FDGB zum 4. FDGB-Kongreß 1950-1954. Berlin 1955, S. 24-40.

115 Hermann Schlimme stellte 1953 fest, daß die Anweisung des DGB-Vorstandes, "jede Verbindung mit dem Osten abzubrechen [...], anscheinend überall beachtet" wurde, da er auf 4.000 in den Westen abgeschickte Briefe keine Antwort erhalten habe; vgl. SAPMO-BA, NY 4016 NL Schlimme, Nr. 14: Schlimme an Jaucke vom 28.3.1952.

116 Grotewohl schlug dies in einem Schreiben an Adenauer am 30.11.1950 vor; vgl. Weber, Petra (Bearbeiterin): Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1949-1957, Erster Halbbd., Dok. 84 und 86, S. 221 und 226.

117 Vgl. Loth, Wilfried: Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte, Berlin 1994, S. 168-175, Zitat S. 170.

118 DGB-Archiv, Best. 24.1, Nr. 1405: FDGB-Bundesvorstand an DGB-Bundesvorstand vom 6.12.1950; DGB-Bundesvorstand an FDGB-Bundesvorstand vom 15.1.1951. Das Schreiben des FDGB liegt ebenda in einer inhaltlich identischen Ausfertigung vom 5.1.1951 vor, die einige Tage später per Boten nach Düsseldorf gebracht wurde. Der FDGB nahm nämlich an, das erste Schreiben sei - wie vorgeblich auch in anderen Fällen - durch die Bundespost nicht befördert worden; vgl. ebd.: FDGB-Bundesvorstand an DGB-Bundesvorstand vom 8.1.1951. Vgl. auch DGB-Geschäftsbericht 1950-1951 (Anm. 15), S. 30.

Gremien gründlich beraten worden war¹¹⁹, zum DGB nach Düsseldorf. Darin wurde u.a. eine gemeinsame Erklärung gegen die Wiederbewaffnung vorgeschlagen. Die Delegation wurde nicht empfangen, aber noch am selben Tag antwortete der DGB-Vorsitzende Walter Freitag im Namen des Bundesvorstandes. Freitag ging auf die Entwicklung in der SBZ/DDR seit 1945 ein. Er verwies darauf, "daß im sowjetischen Besatzungsgebiet nach wie vor Konzentrationslager und ein Zwangsarbeitssystem existieren". Zu dem Brief des FDGB bemerkte Freitag, es sei unverkennbar, daß er "auf taktische und propagandistische Erwägungen zurückgeht. Beweis dafür ist: Die gewählten Funktionäre des Deutschen Gewerkschaftsbundes sind bis in die letzten Tage hinein vom FDGB wider besseres Wissen als 'Verräter' und 'Handlanger des Monopolkapitalismus' bezeichnet worden."¹²⁰ Freitags Antwort war eine schallende Ohrfeige für den FDGB.¹²¹

Vorerst zog der FDGB aus der schroffen Zurückweisung seiner Gesprächs- und Kooperationsofferten aber noch keine Konsequenzen. Auch als mit dem Beitritt der DDR zum Warschauer Pakt und der Bundesrepublik zur NATO 1955 die beiden deutschen Staaten in gegensätzliche militärische Bündnisse eingebunden wurden, propagierte der FDGB noch die "Herstellung der brüderlichen Aktionseinheit der ganzen deutschen Arbeiterklasse"¹²², um die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik zu verhindern und die Wiedervereinigung Deutschlands zu erreichen. Erst nach der Verkündung der Zwei-Staaten-Theorie durch Chruschtschow¹²³ wenige Wochen nach dem FDGB-Kongreß 1955 und nach dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 änderte sich auch die Zielsetzung der Westarbeit des FDGB.

Selbstkritisch hielt ein Papier der DDR-Gewerkschaft im Frühjahr 1956 fest: "Eine andere Frage, die uns bei der Herstellung der Verständigung und Zusammenarbeit bisher hinderte, war auch unser eigenes Auftreten [...]. Die Durchsicht früher gehaltener Reden und verschiedener Artikel zeigt einen schroffen Gegensatz zu unseren offiziellen Angeboten. Während letzte im wesentlichen den richtigen Ton besitzen, sind viele Reden und Artikel in der Form so gehalten gewesen, daß sie der Verständigung und Zusammenarbeit Hindernisse in den Weg legten. Formulierungen wie Verräter usw. müssen in Zukunft vermieden werden."¹²⁴

So bestimmten versöhnliche Töne die Neuorientierung der Westarbeit des FDGB, die Rudi Kirchner¹²⁵ bei der 22. Tagung des Bundesvorstandes im Mai 1956 unter dem konzilian-

119 Vgl. SAPMO-BA, DY 34, Nr. A 6015: Beschluß P 6/54 des Präsidiums des FDGB-Bundesvorstandes v. 29.1.1954.

120 Das Schreiben des FDGB und der Brief Freitags in Durchschrift sowie eine Aktennotiz über die Vorgesprache der Delegation finden sich in: DGB-Archiv, Best. 24.1, Nr. 1405. Zur Überlieferung des FDGB vgl. SAPMO-BA, DY 34, Nr. A 3721.

121 Der Leiter des Büros für deutsche Gewerkschaftseinheit, Paul Geisler, bezeichnete Freitags Antwort als "Pamphlet übelster Machart"; vgl. SAPMO-BA, DY 34, Nr. 6827: Protokoll der 16. Bundesvorstandssitzung des FDGB vom 9.-11.3.1954, S. 21.

122 Protokoll der Verhandlungen des 4. FDGB-Kongresses vom 15. bis 20. Juni 1955 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin. Berlin o.J., S. 442.

123 Vgl. Weber, Hermann: Geschichte der DDR, München 1985, S. 257f.

124 Ebenda, Nr. A 3643: Schlußfolgerung aus den Lehren des XX. Parteitages der KPdSU für die gesamtdeutsche Arbeit des FDGB, S. 9. Die Urheberschaft konnte nicht ermittelt werden; die Datierung ergibt sich aus dem Inhalt.

125 Rudolf (Rudi) Kirchner (1919-1984) war 1950-67 Mitglied des Bundesvorstandes und des Sekretariats, ab 1952 auch Mitglied des Präsidiums des FDGB und u.a. zuständig für gesamtdeutsche Arbeit.

ten Titel: "Für die Verständigung und brüderliche Zusammenarbeit der deutschen Gewerkschafter" vortrug.¹²⁶ Im Mittelpunkt der Bemühungen standen nun nicht mehr die "Massen der einfachen westdeutschen Gewerkschaftsmitglieder", sondern der DGB und seine Repräsentanten. Kirchner appellierte an den Geist der Interzonenkonferenzen zwischen 1946 und 1948, betonte die unterschiedlichen Wege, die die Gewerkschaften in Ost und West gegangen seien, und unterstrich ihre - aus seiner Sicht - gemeinsamen Ziele. Davon ausgehend, so Kirchner, "richtet der FDGB alle seine Bestrebungen darauf: a) eine Verbesserung, Normalisierung und die Herstellung brüderlicher Beziehungen zwischen dem FDGB und DGB zu erreichen; b) vorhandene Mißverständnisse und Spannungen zwischen den beiden deutschen Gewerkschaftsorganisationen systematisch abzubauen und ungeachtet unterschiedlicher ideologischer Auffassungen eine Atmosphäre allseitigen und persönlichen, gegenseitigen Vertrauens herzustellen; eine umfassende Erweiterung der Kontakte und Verbindungen zwischen beiden großen Gewerkschaftsorganisationen auf allen Gebieten zu erreichen."¹²⁷ Im Anschluß an Kirchners Referat verabschiedete der FDGB-Bundesvorstand einen Brief an den DGB-Bundesvorstand. Aber trotz oder gerade wegen der neuerlichen Änderung des Kurses der FDGB-Westarbeit blieb eine Reaktion des DGB aus.¹²⁸ In den folgenden Wochen gab es außerdem Versuche von Zentralvorständen der FDGB-Gewerkschaften, Kontakte mit Gewerkschaften in der Bundesrepublik aufzunehmen. Das Fazit dieser Bemühungen war für den FDGB ebenso ermüthend wie das früherer Aktivitäten. In einem Bericht hieß es, das "Echo [...] ist bis jetzt noch schwach".¹²⁹

Defizite und Reichweite der FDGB-Westarbeit

In Berichten und Beratungen des FDGB-Westbüros wurde immer wieder festgestellt, daß die Arbeit in der Bundesrepublik, insgesamt oder in Teilbereichen, nicht den gewünschten Erfolg habe. Die interne Kritik erreichte ihren Höhepunkt Ende Oktober 1953. In einer von Abteilungsleiter Paul Geisler unterzeichneten Sekretariatsvorlage hieß es: "Die bisherige Tätigkeit [...] hat trotz großen Aufwandes an Kräften und Mitteln keine grundlegende Wendung zu einer gesamtdeutschen Politik und Arbeit herbeizuführen vermocht."¹³⁰ Und auch zwei Jahre später konnte Geisler keine positive Bilanz ziehen.¹³¹

Ein zentraler Punkt der Kritik war die Westarbeit der FDGB-Gewerkschaften. Schon im April 1950 hieß es mit Blick auf deren mangelnde gesamtdeutsche Aktivitäten: "Wir müssen,

126 SAPMO-BA, DY 34, Nr. 6836: Rudi Kirchner, Referat zur 22. Tagung des FDGB-Bundesvorstandes (am 24./25.5.1956), handschriftliche Paginierung S. 9.

127 Ebenda, handschriftliche Paginierung S. 8f.

128 Ein Beschluß des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes, das Schreiben im Gesamtvorstand zu behandeln, wurde nicht realisiert; vgl. Protokoll v. 11.6.56, in: DGB-Archiv, Best. 23.1, Nr. 4, Bl. 170.

129 SAPMO-BA, DY 34, Nr. 3643: Bericht über die bisherigen Auswirkungen der 22. FDGB-Bundesvorstandssitzung in Westdeutschland - die Entsendung hauptamtlicher Delegationen der Zentralvorstände der IG/Gew. und der Bezirksvorstände des FDGB nach Westdeutschland. Datierung und Urheberschaft konnte nicht ermittelt werden.

130 Wie Anm. 106.

131 SAPMO-BA, NY 4408 NL Geisler, Nr. 57: Paul Geisler, Material über die Hebung des Niveaus der gesamtdeutschen Arbeit vom 1.8.1955.

sofern eine Verbesserung der Arbeit eintreten soll, den Finger an die Wunde legen, um den Heilungsprozeß fördern zu können."¹³² Die "Schwächen" der Westarbeit wurden zunächst noch als Folgen der Interzonenkonferenzen erklärt, durch die Kontakte "zu den Betrieben und unteren Einheiten der Gewerkschaften in Westdeutschland [...] vernachlässigt" worden seien, so daß nach dem Ende der Interzonenkonferenzen "auch die Verbindungen der meisten Industriegewerkschaften nach Westdeutschland aufhörten". Deshalb wurde an die Gewerkschaften appelliert, "die gesamtdeutsche Gewerkschaftsarbeit wesentlich zu verstärken, in einem Arbeitsplan konkrete Maßnahmen in dieser Richtung festzulegen und die gesamte Organisation auf ihre Verwirklichung einzustellen".¹³³ Aber auch noch im Tätigkeitsbericht 1953 wurde Kritik geübt: "Die bisher durchgeführten Überprüfungen ergaben, daß die Sekretariate der ZV [Zentralvorstände] die gesamtdeutsche Gewerkschaftsarbeit unterschätzen. Mit Ausnahme des Sekretariates der IG Eisenbahn haben alle anderen Sekretariate der ZV sich ungenügend oder überhaupt nicht mit gesamtdeutschen Fragen grundsätzlich beschäftigt."¹³⁴ Es wird zu prüfen sein, ob dieser Umstand auch darauf zurückzuführen ist, daß die Arbeit der Gewerkschaften in der DDR doch stärker von den praktischen Erfordernissen in den Betrieben geprägt war, als ihre formale Rolle als abhängige Fach- und Branchenverbände des FDGB impliziert.¹³⁵

Bei der Betrachtung der organisatorischen Defizite der FDGB-Westarbeit muß auch der ausufernde bürokratische Aufwand beachtet werden. Der FDGB-Vorsitzende Herbert Warnke hatte schon 1950 beim FDGB-Kongreß die Anekdote erzählt, ein aus dem Tierpark ausgebrochener Löwe habe sechs Wochen lang im FDGB-Haus jeden Tag einen Sekretär gefressen, ehe man gemerkt habe, daß jemand fehle.¹³⁶ Dies war jedoch nur der Auftakt der immer wiederkehrenden, aber erfolglosen Kampagnen, des Bürokratismus Herr zu werden. Als Warnke im Oktober 1956 "an einem einzigen Tag einen solchen Haufen von Material" erhielt, das "zusammen 158 hektographierte Schreibmaschinenseiten" umfaßte, schrieb er an die Verantwortlichen des Büros für deutsche Gewerkschaftseinheit: "Mit einem solchen Haufen Material mache ich nur eins: Ich lege es, ohne auch nur eine Seite davon zu lesen, in den Papierkorb. [...] Ich bitte zu überlegen, ob diese Arbeit, die doch Gehalt, Papier und alles mögliche kostet, wirklich in einem richtigen Verhältnis zu dem Ergebnis steht."¹³⁷

Als weiterer Hemmschuh für die Effektivität des Büros für deutsche Gewerkschaftseinheit ist der geheimniskrämerische Charakter der Westarbeit anzusehen. Zwar wurde der "Vorwurf, daß die Tätigkeit [...] in der konspirativen Arbeit erstickt", als ungerechtfertigt zurückgewiesen.¹³⁸ Auch die zeitgenössische Einschätzung im Westen, das Büro für deutsche Gewerkschaftseinheit sei "gegen alle anderen Abteilungen des FDGB sorgfältig abgeschirmt"

132 Wie Anm. 37, S. 5; vgl. auch den in Anm. 68 zitierten Bericht.

133 Wie Anm. 58, S. 10.

134 SAPMO-BA, NY 4408 NL Geisler, Nr. 56: Bericht über die Tätigkeit des Büros für deutsche Gewerkschaftseinheit beim FDGB-Bundesvorstand für die Zeit von Januar bis September 1953, S. 3; ähnlich auch ebenda, S. 25.

135 Leider versäumt Peter Hübner auf diesen Aspekt näher einzugehen; vgl. ders.: Konsens, Konflikt und Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR 1945-1970, Berlin 1995.

136 Protokoll des 3. FDGB-Kongresses (Anm. 40), S. 105.

137 SAPMO-BA, DY 34, Nr. A 3643: Hausmitteilung von Warnke an Rudi Kirchner und Jupp Steidl vom 12.10.1956.

138 Wie Anm. 134, S. 25.

gewesen und die Mitarbeiter hätten Decknamen getragen¹³⁹, war übertrieben. Aber die Beachtung eines Mindestmaßes konspirativer Maßnahmen war schon deshalb nötig¹⁴⁰, um die Aktionen zur Einflußnahme auf die westdeutschen Gewerkschaften nicht publik werden zu lassen. Denn für einige Aktivitäten drohte in der Bundesrepublik strafrechtliche Verfolgung.

Reaktionen und Abwehrmaßnahmen in der Bundesrepublik

Bei der internen Kritik des FDGB an der Erfolglosigkeit seiner Westarbeit blieben die Maßnahmen des DGB und der Gewerkschaften in der Bundesrepublik, mit denen die kommunistischen Infiltrationsversuche paralyisiert werden sollten, unberücksichtigt. Bei diesen wurde nicht zwischen KPD und ihrer Gewerkschaftspolitik¹⁴¹ und kommunistischen Organisationen in der Bundesrepublik und dem FDGB der DDR differenziert. Die Abwehraktionen richteten sich gleichermaßen gegen alle tatsächlichen und vermeintlichen kommunistischen Unterwanderungstendenzen. In der Hauptabteilung Organisation des DGB-Bundesvorstandes wurde eine umfangreiche Materialsammlung angelegt.¹⁴² Darin finden sich auch Informationen staatlicher Provenienz, wie zum Beispiel des nordrhein-westfälischen Innenministeriums.¹⁴³ Der DGB und die Gewerkschaften teilten die Aufmerksamkeit für die kommunistischen Aktivitäten mit staatlichen Stellen, Wirtschaftsverbänden und Parteien, die gegen die "kommunistische Wühlarbeit" durch Aufklärung vorzugehen versuchten.¹⁴⁴ Auch diese Informationsarbeit war Teil des in den fünfziger Jahren, aus heutiger Sicht fast hysterischen, Antikommunismus der Adenauer-Ära.¹⁴⁵

Die Mehrheit der Mitglieder und Funktionäre der westdeutschen Gewerkschaften hatte ein doppeltes Motiv, sich von den Kommunisten abzugrenzen. Während bei den Anhängern der früheren christlichen Gewerkschaften traditionell politisch ein ablehnendes Verhältnis zum Kommunismus bestand¹⁴⁶, distanzierten sich die sozialdemokratischen Gewerkschafter,

139 Der FDGB 1954 (Anm. 60), S. 17.

140 Vgl. SAPMO-BA, DY 34, vorl. Nr. 26/69/1895: "Plan der Wachsamkeit für das Büro für deutsche Gewerkschaftsarbeit beim Zentralvorstand der IG Transport" vom 28.8.1952. Dafür spricht auch, daß das Büro für deutsche Gewerkschaftseinheit in der Übersicht der Abteilungen des Bundesvorstandes im Geschäftsbericht von 1955 nicht mehr genannt wird; vgl. Geschäftsbericht des FDGB 1950-1954 (Anm. 114), S. 252.

141 Zur Gewerkschaftspolitik der KPD allgemein vgl. Staritz, KPD (Anm. 6), S. 1726-1733; Major, German Communist Party (Anm. 31), S. 157-197.

142 Vgl. dazu das Findbuch des Best. 24.4, bes. die Untergruppen 24.4.89.2.1 und 2, wo rund 30 einschlägige Akten verzeichnet sind.

143 Vgl. die diesbezügl. Korrespondenz in: DGB-Archiv, Best. 24.4, Nr. 1320.

144 Vgl. z.B. die im Verlag des Deutschen Industrieinstituts erschienene Veröffentlichung *Kommunistische Betriebszeitungen. Stand und Taktik der kommunistischen Betriebszeitungsarbeit und die rechtlichen Möglichkeiten ihrer Abwehr*, Köln 1956. Der DGB-Landesbezirksvorsitzende von Nordrhein-Westfalen, Werner Hansen, meinte in der Sitzung des DGB-Bundesvorstandes am 18.9.1953 sogar, dem "DGB allein sei es zu verdanken, daß der Kommunismus in Westdeutschland vernichtet wurde". Vgl. Quellen 11 (Anm. 24), Dok. 62, Zitat S. 450.

145 Vgl. Kleßmann, Christoph: *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955*, 5., überarb. u. erw. Auflage, Bonn (zugleich Göttingen) 1991, S. 254-257.

146 Vgl. Schroeder, Wolfgang: *Katholizismus und Einheitsgewerkschaft. Der Streit um den DGB und der Niedergang des Sozialkatholizismus in der Bundesrepublik bis 1960*, Bonn 1992, S. 89-92.

weil sie im kommunistischen System der Sowjetunion, seinen Epigonen in der DDR und deren Gefolgsleuten in der westdeutschen KP die Grundwerte der Arbeiterbewegung pervertiert sahen. So ist der, in der Praxis freilich nicht konsequent eingehaltene Beschluß des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes vom September 1950 zu verstehen, "in Zukunft in allen mündlichen und schriftlichen Äußerungen das Wort 'Kommunismus' durch das richtige und zutreffendere Wort 'Bolschewismus'" zu ersetzen.¹⁴⁷ Aufgrund der gemeinsamen historischen Wurzeln in der Arbeiterbewegung mußten die Gewerkschaften aber nicht nur das eigene Bedürfnis nach Abgrenzung befriedigen. Sie waren außerdem immer wieder gezwungen, ihren demokratischen Charakter und ihre staatsloyale Haltung unter Beweis zu stellen, um nicht selbst Opfer antikommunistischer Denunziation zu werden; denn anders als Parteien und Verbände sahen die Gewerkschaften den "Gegner in den eigenen Reihen"¹⁴⁸, wobei bei fairer Betrachtung hinzugefügt werden mußte, daß die "Einsicht, daß, wer sich zur Demokratie bekennt, diese auch in den eigenen Reihen verteidigen muß [...] in den [bundesdeutschen] Gewerkschaften stärker als das Bedauern über diese notwendige Auseinandersetzung" war.¹⁴⁹

Besonderes Engagement beim Vorgehen gegen Kommunisten innerhalb der westdeutschen Gewerkschaften legte eine Gruppe mittlerer Funktionäre an den Tag, die früher selbst KPD-Mitglieder waren, dann der innerparteilichen Opposition angehörten und sich schließlich der SPD anschlossen. An ihrer Spitze standen der Leiter des Betriebsgruppenreferates beim SPD-Parteivorstand, Siegmund (Sigg) Neumann, und der Pressereferent des DGB-Landesbezirks Niedersachsen, Eduard (Edu) Wald. Er war 1948 aus der KPD aus- und 1950 der SPD beigetreten¹⁵⁰ und entwickelte sich bald - wie es sein Freund Sigg Neumann in einer launischen, polemisch überzogenen Formulierung ausdrückte - zu einem "niedersächsischen McCarthy im Taschenformat".¹⁵¹ Neumann, der mit der Betriebsgruppenarbeit der SPD v.a. den Zweck verfolgte, die Einflußversuche des FDGB und der KPD auf die Gewerkschaften zu konterkarieren¹⁵², mahnte mehrfach bei DGB-Vorstandsmitglied Albin Karl eine "Generalreinigung" der Gewerkschaften an.¹⁵³ Edu Wald sammelte unermüdlich Material über kommunistische Aktivitäten. Daraus entwickelte sich im Laufe der Zeit ein wahres

147 DGB-Archiv, Best. 23.1, Nr. 93: Protokoll der 34. Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes am 4.9.1950.

148 So Günter Triesch, Gewerkschaftsfachmann im Deutschen Industrieinstitut; ders.: Die Macht der Funktionäre. Macht und Verantwortung der Gewerkschaften, Düsseldorf 1956, S. 364.

149 Ebenda.

150 Vgl. den Beitrag zum Eintritt Walds in die SPD, der auch sein Austrittsschreiben an die KPD beinhaltet; Art. "Einheit in der SPD verwirklicht", in: "Neuer Vorwärts", Nr. 31 vom 4.8.1950. Vgl. die vielfach unrichtigen Angaben zu Wald bei Wilke, Manfred/Müller, Hans-Peter: SED-Politik gegen die Realitäten. Verlauf und Funktion der Diskussion über die westdeutschen Gewerkschaften in SED und KPD/DKP 1961-1972, Köln 1990, S. 242f.

151 AdsD, NL Neumann, Mappe 19: Neumann an Wald vom 30.9.1955.

152 Vgl. die zahlreichen Beiträge in: "Arbeit und Freiheit". Informationsblätter der SPD, hg. vom Betriebsgruppensekretariat beim Parteivorstand, ab 1949, hier Nr. 1/2, Januar/Februar 1952, S. 9. Unter Neumanns Regie entstand wohl auch die Broschüre: Kampf den Spaltern. Hrsg. von der SPD, Bonn o.J.

153 AdsD, Best. Parteivorstand, Nr. 02048: Neumann an Karl vom 19.4.1951. Vgl. auch die weiteren Schreiben vom 4.7 und 25.7.1951, ebenda. Karl teilte zwar Neumanns Forderung, nicht aber sein Vorgehen; ebenda: Karl an Neumann vom 19.12.1951.

Informationszentrum "Feinde der Demokratie"¹⁵⁴, das vom DGB und den Gewerkschaften auch als solches genutzt wurde, um über kommunistische Gewerkschafter und Organisationen aufzuklären und gegen sie vorzugehen.

Im März 1950 beschäftigte sich der DGB-Bundesausschuß, das formal höchste Organ zwischen den Bundeskongressen, in einer außerordentlichen Sitzung mit "gewerkschaftsfeindlichen Bestrebungen". Anlaß für diese Sondersitzung waren zwar die Ereignisse um den Bundestagsabgeordneten Wolfgang Hedler, der mit rechtsradikalen Äußerungen auf sich aufmerksam gemacht hatte. In der Debatte ging es aber allgemein um "die sich verstärkenden Versuche rechts- und linksradikaler Elemente", die Arbeit die Gewerkschaften zu unterwandern.¹⁵⁵ Beim Abdruck der verabschiedeten Resolution im DGB-Pressedienst wurde folgender Absatz hinzugefügt: "Der Bundesausschuß des DGB beschäftigte sich auch eingehend mit dem gewerkschaftszerstörenden Treiben der Kommunistischen Partei. Die Gewerkschaften sind entschlossen, entsprechende Abwehrmaßnahmen zu treffen."¹⁵⁶ In der Tat war diese Entschließung die Overtüre für jene "Abwehrmaßnahmen", die in der folgenden Zeit "ohne viel Aufsehens in die Tat umgesetzt wurden".¹⁵⁷ Dazu gehörte u.a. der Abbruch der Beziehungen der Gewerkschaftsjugend zur Freien Deutschen Jugend der DDR¹⁵⁸ und die Verbreitung von Informationen über die von Ostberlin und dem FDGB ausgehenden Methoden der "Störungs- und Zersetzungsarbeit".¹⁵⁹ Dies waren jedoch nur Verbote drastischer Maßnahmen.

Als sich der DGB-Bundesausschuß im September 1950 mit der von der Bundesregierung beschlossenen "Entfernung demokratisch nicht zuverlässiger Personen aus dem öffentlichen Dienst" beschäftigte, vermerkte das Protokoll die "Notwendigkeit einer Reinigung im innergewerkschaftlichen Raume".¹⁶⁰ Dies war der Startschuß für eine Entlassungswelle, in deren Verlauf in den einzelnen Gewerkschaften mit unterschiedlicher Intensität der KPD angehörige Funktionäre ihre Anstellung verloren. Ihren Höhepunkt erreichte diese Säuberung, als die KPD mit der beim Parteitag im März 1951 verabschiedeten These 37 alle Mitglieder offen

154 Vgl. DGB-Archiv, Best. 102 Sammlung "Feinde der Demokratie". Darauf basierte auch die von Wald redegierete gleichnamige Zeitschrift, die in verschiedenen Fassungen von den Landesbezirken Nordrhein-Westfalen (1951-1957), Niedersachsen (1951-1959) und Nordmark (1952-1959) herausgegeben wurde. Sie erschien ab 1959 bis 1965, ebenfalls unter Walds Redaktion, hrsg. vom DGB-Bundesvorstand, unter dem Titel "Für die Demokratie".

155 Quellen 11 (Anm. 24), Dok. 6, S. 50-53.

156 Ebenda, S. 53, bes. Anm. 11.

157 So DGB-Geschäftsbericht 1950-1951 (Anm. 15), S. 29.

158 Vgl. Quellen 11 (Anm. 24), Dok. 7, TOP 6a, S. 59f.

159 DGB-Archiv, Best. 24.1, Nr. 10: DGB-Bundesvorstand an die Landesbezirksvorstände und Vorstände der Gewerkschaften vom 17.8.1950. Das Schreiben enthält in der Anlage eine Liste mit 26 "kommunistischen oder getarnt kommunistischen Organisationen". Abgedr. in: Die Auseinandersetzungen mit dem politischen Extremismus von links und rechts im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik. Chronologische Darstellung am Beispiel der "Fuldaer Beschlüsse" der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik, hrsg. von der IG Chemie-Papier-Keramik, 1987. Die Parlamentarische Verbindungsstelle des DGB in Bonn legte 1953 eine Liste vor, die 143 "KP-Tarnorganisationen in Westdeutschland" enthielt; DGB-Archiv, Best. 24.1, Nr. 772: Parlamentarische Verbindungsstelle an den DGB-Bundesvorstand und die Landesbezirksvorstände v. 5.6.1953.

160 Quellen 11 (Anm. 24), Dok. 13, TOP 4, S. 109ff., Zitat S. 110.

zur Unterminierung der Gewerkschaften aufrief.¹⁶¹ Die Gewerkschaften reagierten darauf, indem sie von den betroffenen Funktionären die Unterschrift eines Reverses verlangten, in dem sie sich zur Mißachtung der Parteiforderungen verpflichteten. Wer die Unterzeichnung verweigerte, wurde - oft auch gegen den Widerstand vor Ort¹⁶² - entlassen. Bis 1955 wurden 654 Funktionäre wegen gewerkschaftsschädigenden Verhaltens aufgrund ihrer KPD-Mitgliedschaft ausgeschlossen, davon allein 349 aus der IG Metall.¹⁶³ Einen letzten Höhepunkt erreichte die Ausschlußwelle mit den Maßnahmen der IG Bau-Steine-Erden im Januar 1956, als der Beirat den Bezirksvorstand Nordrhein und neun Verwaltungsstellen wegen kommunistischer Unterwanderung auflöste.¹⁶⁴

Durch dieses Vorgehen wurden die Möglichkeiten für die Westarbeit des FDGB in doppelter Weise eingeschränkt. Einerseits gingen einflußreiche Positionen im hauptamtlichen Apparat der westdeutschen Gewerkschaften verloren. Andererseits wirkten die Entlassungen, die für die betroffenen Funktionäre Arbeitsplatzverlust und dadurch auch materielle Einbußen bedeuteten, abschreckend auf die noch verbliebenen kommunistischen Funktionäre. Durch das scharfe Vorgehen der westdeutschen Gewerkschaftsvorstände verstärkte sich außerdem das negative Image der kommunistischen Gewerkschaftsarbeit; denn die Maßnahmen gegen Kommunisten wurden aufgrund des Selbstverständnisses der Mehrheit der westdeutschen Gewerkschaftsmitglieder als Antwort auf einen groben Verstoß gegen das Gebot gewerkschaftlicher Solidarität interpretiert.

Der FDGB nahm das Vorgehen des DGB und der Gewerkschaften natürlich wahr. Schon der erste offizielle Beschluß des DGB-Bundesvorstandes vom März 1950 wurde als Ausdruck der "Angst vor der Aktionseinheit der deutschen Arbeiter" gedeutet.¹⁶⁵ In Ostberlin erkannte man aber auch, daß sich die Gewerkschaftsvorstände durch diese Angst nicht einschüchtern ließen. Das "Ziel der Reformisten ist", stellte Dietrich im Frühjahr 1950 nach Gesprächen in den Bundesrepublik fest, "alle Kommunisten aus den Gewerkschaftspositionen zu entfernen."¹⁶⁶ Soweit dies dem DGB und den Gewerkschaften nicht durch die eigenen Maßnahmen gelang, versetzte das KPD-Verbot 1956 der FDGB-Westarbeit einen weiteren Schlag, weil Kontakte mit FDGB-Angehörigen als Tatbestände des politischen Strafrechts geahndet werden konnten.¹⁶⁷

Die politischen Vorbehalte der Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder in der Bundesrepublik gegenüber den Kommunisten, die Aufklärungsarbeit über kommunistische Infiltrationsversuche und das Vorgehen des DGB und der Gewerkschaftsführungen gegen Funktionäre,

161 Vgl. Staritz, KPD (Anm. 6), S. 1712f.; dazu und zum folgenden auch Schönhoven, Klaus: Kalter Krieg in den Gewerkschaften. Zur Gewerkschaftspolitik von KPD und SPD nach 1945, in: Schönhoven, Klaus/Staritz, Dietrich: Sozialismus und Kommunismus im Wandel. Hermann Weber zum 65. Geburtstag, Köln 1993, S. 261-280, hier S. 274ff.

162 Vgl. als Beispiel aus der IG Metall Kaiser, Josef (Bearbeiter): Jetzt erst recht! Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Mannheim 1945-1990, Mannheim 1993, Dok. 23a-b, S. 91-95.

163 Kalbitz, Rainer: Gewerkschaftsausschlüsse in den 50er Jahren, in: Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1977/78, Berlin 1978, S. 159-165, hier S. 162.

164 Vgl. Quellen 11 (Anm. 24), Dok. 105, TOP 2, S. 834ff.

165 Aus der Arbeit des FDGB (Anm. 23), S. 85.

166 SAPMO-BA, DY 34, Nr. A 3675: Franz Dietrich, Bericht über Besprechungen in Westdeutschland in der Zeit vom 4.-8.4.1950 vom 11.4.1950.

167 Vgl. von Brünneck, Politische Justiz (Anm. 86), S. 207f.

die der KPD angehörten, waren denkbar schlechte Voraussetzungen für die Westarbeit des FDGB. Die im Westen vorherrschende ablehnende Grundhaltung ermöglichte es, die Mitglieder weitgehend gegen die ideologische Unterwanderung durch den FDGB zu immunisieren. Die plumpe Propaganda der DDR-Staatsgewerkschaft arbeitete den westdeutschen Gewerkschaftsvorständen in die Hände, weil sie die Akzeptanz für die Abwehrmaßnahmen bei den Mitgliedern steigerte und sogar eine Verstärkung provozierte.

Im Westen neigte man dazu, die Reichweite der FDGB-Westarbeit zu überschätzen. Das bedeutet aber nicht, daß deshalb die ergriffenen Maßnahmen überzogen oder gar unnötig waren. Sie dienten zumindest dazu, mögliche Erfolge der FDGB-Westarbeit schon im Keime zu ersticken. Trotz enormer Steigerung der auf Westdeutschland zielenden Aktivitäten des FDGB seit Anfang der fünfziger Jahre gelang es ihm auch in den folgenden Jahren nicht, Erfolge zu erzielen. Die in Einzelfällen übertriebene Sorge und die dadurch motivierten Forderungen nach weitergehenden Abwehrmaßnahmen im Westen dürfen über diese Tatsache nicht hinwegtäuschen.¹⁶⁸ Die Frage "Kontakte mit dem FDGB?"¹⁶⁹, die in der Bundesrepublik Mitte der fünfziger Jahre eine Minderheit in den Gewerkschaften stellte und positiv beantwortete, stieß bei der Mehrheit auf eindeutige Ablehnung. Sie manifestierte sich in den Reaktionen im Westen auf die Agitation des FDGB und begrenzte die Reichweite seiner Westarbeit.

168 Vgl. Wilke/Müller, SED-Politik gegen die Realitäten (Anm. 150), S. 243f. nennen zwei diesbezügliche Memoranden von Edu Wald aus dem Jahr 1959. Wald hatte schon in einer Denkschrift an den geschäftsführenden SPD-Vorstand vom 28.9.1955 vor Aufweichungstendenzen der ablehnenden Haltung gegenüber dem FDGB in den Gewerkschaften gewarnt; ein Exemplar des in hektographierter Form verbreiteten 14 Seiten umfassenden Schreibens befindet sich im Besitz des Verfassers.

169 So die Überschrift eines Art. in: Die andere Zeitung, Nr. 12 vom 28.7.1955, S. 5. Vgl. auch die Beratungen des DGB-Bundesvorstandes am 9.8. und 1.11.1955; Quellen 11 (Anm. 24), Dok. 92, TOP 2c, S. 732-738, und Dok. 97, TOP 5, S. 779ff..